

Sozialdemokratischer Pressedienst

Empfänger des Geschäfts:
Erich Hoffmann, Berlin.
Telefon: Amt 2044 4100/4100



Abgabe für Verlag und Verbreitung:
Berlin SO 41, Zehn-Märkte-Platz 6
Telefon: Central

Die Zeitung wird im Colportage-Vertrieb an den Abonnenten geliefert. Die Preise sind in der Zeitung angegeben. Die Preise für den Einzelverkauf sind in der Zeitung angegeben.

Berlin, den 15. Novbr. 1932.

Int. Institut
Soz. Geschlechts
Amsterdam

Der Herriot-Plan.

Ein Sieg des Generalstabs.

SPD. Die französische nationalistische Presse, die die ersten Ankündigungen Herriots über den neuen Abrüstungsplan Frankreichs mit den schärfsten Angriffen auf die Linksregierung beantwortet hatte, steht der endgültigen Fassung dieses Planes, die jetzt veröffentlicht worden ist, mit auffallender Sympathie gegenüber. An diesem Umschwung lässt sich bereits der Rückschritt erkennen, der zwischen der Rede Herriots vor der Kammer und der Fertigstellung des Planes eingetreten ist. Offenbar hat der französische Generalstab unter Führung von General Weygand sich wieder einmal gegen die Staatsmänner durchgesetzt. Der neue Plan Herriots unterscheidet sich in vielem kaum mehr von dem Programm, das der Führer der früheren Rechtsregierung Tardieu im Februar vor der Abrüstungskonferenz entwickelt hatte und das der allgemeinen Ablehnung fast aller beteiligten Mächte verfallen war.

Aus den Ankündigungen Herriots konnte man entnehmen, dass Frankreich endlich dem Gedanken der Gleichberechtigung Deutschlands wesentliche Zugeständnisse zu machen bereit war und zwar durch die Einführung eines gleichen Wehrsystems, nämlich der Miliz für alle Staaten. Es blieben zwar noch viele Unklarheiten übrig und deshalb wurde auch hier der französische Plan mit Zurückhaltung besprochen, aber man hatte dennoch den Gesamteindruck einer kühnen Tat, die geeignet war, die Genfer Beratungen endlich aus der Sackgasse herauszuführen.

Leider zeigt es sich wieder einmal, dass auch diese bescheidenen Erwartungen durch die Wirklichkeit enttäuscht worden sind. Der Grundsatz der "Sicherheit" ist wieder einmal in den Vordergrund der französischen Vorschläge gerückt worden und stellt alle sonstigen praktischen Massnahmen in den Schatten. Das Genfer Sicherheitsprotokoll von 1924, das seinerzeit an der Ablehnung Grossbritannien und anderer Mächte gescheitert war, feiert seine Auferstehung. Deutschland hatte nach unserer Ueberzeugung für dieses Genfer Protokoll einen vollwertigen Ersatz durch den Rheinlandpakt von Locarno geschaffen. Darüber hinaus hatten sämtliche Mächte der Welt den Kellogg-Fakt unterschrieben. Das alles aber scheint Frankreich noch immer nicht zu genügen und es will seine neuen Abrüstungsvorschläge von weiteren internationalen Sicherheitsvorkehrungen politischer und militärischer Art abhängig machen. Hier taucht nun der Tardieu'sche Plan einer internationalen Völkerbundsarmee wieder auf, wobei gerade diese Armee als Ausnahme von der Regel nicht aus Volksheeren, sondern aus stehenden Spezialtruppen zusammengesetzt sein soll. Diese Spezialtruppen, also Berufsarmee, sollen auch über die schwersten Angriffswaffen verfügen dürfen, die nach den Hoover'schen Vorschlägen überhaupt abgeschafft werden sollen. Aber die Staaten, die gemäß den Friedensverträgen über solche Waffen bisher nicht verfügten, sollen sie auch in Zukunft für ihren eigenen Truppenanteil an der Völkerbundsarmee nicht besitzen. Mit anderen Worten: die schweren Angriffswaffen wie Tanks und großkalibrige

Geschütze sollen auch künftig das Monopol der Siegerstaaten bleiben.

Demgegenüber verlieren alle weiteren Vorschläge über die allgemeine Einführung des Milizsystems, die übrigens offenbar nur als eine ferne Zukunftsmusik gedacht ist, stark an aktueller Bedeutung und an Anziehungskraft. Das Prinzip der Gleichberechtigung ist in den endgültigen französischen Vorschlägen derart verklausuliert, kompliziert und verwässert worden, dass man es jetzt kaum wiedererkennt. Auch die deutsche Sozialdemokratie, in deren Reihen zunächst mit allem Vorbehalt die Ankündigungen Herriots einen sympathischen Widerhall erweckt hatten, muss mit Bedauern die schwere Enttäuschung feststellen, die die endgültige Fassung des Planes gerade bei denen erzeugt hatte, die neue Hoffnungen für den weiteren Gang der Abrüstungskonferenz geschöpft hatten.

Wir stehen nicht an, manche Einzelheiten des Planes für durchaus begrüßenswert zu erklären. Auch wir sind vorbehaltlos für die Einführung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit. Auch wir stehen, übrigens im Gegensatz zu der Haltung der deutschen Abrüstungsdelegation, auf dem Standpunkt, dass die Internationalisierung der Luftverkehrsmittel und ihre Kontrolle eine notwendige Voraussetzung für die Abschaffung der Bombenflugzeuge bildet. Auch wir stehen dem Grundgedanken einer internationalen Völkerbundstreitmacht zum Schutze der Verträge und besonders der kleinen Mächte keineswegs ablehnend gegenüber. Wer aber wie es jetzt schon die französischen Delegierten in Genf tun, verkündet, dass der neue Plan Frankreichs ein "unteilbares Ganzes" bildet, und seine Verwirklichung davon abhängt, dass alle Staaten sich auf den Boden dieses Programms in allen seinen Teilen und wesentlichen Einzelheiten begeben, der kann nicht ehrlich einen sofortigen und sichtbaren Fortschritt wünschen. Der Plan Herriot-Bancour, so wie er zunächst von der Tribüne der Kammer herab in knappen Formeln skizziert wurde, schien eine Tat zu sein. Der endgültige Plan aber, der nur allzu deutlich den Stempel Weygands und des reaktionären Generalstabes trägt, erscheint - ebenso wie der seinerzeitige Plan Tardieu - weit mehr als ein politisches Manöver denn als ein ernsthafter Versuch, den Völkern die wahre Abrüstung zu bringen.

SPD. Karlsruhe, 15. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die badische Regierung hat am Dienstag das mit der evangelischen Kirche abgeschlossene Konkordat veröffentlicht. Der Vertrag besteht aus zehn Artikeln und einem Schlussprotokoll.

Vor der Bestellung des Kirchenpräsidenten muss sich das zuständige kirchliche Organ nach dem Vertrag bei der Staatsregierung darüber vergewissern, ob gegen die Person des zu bestellenden Präsidenten von der Staatsregierung Bedenken allgemeinpolitischer, nicht aber parteipolitischer Art, bestehen. Als Staatsleistung an die Kirche wird ein jährlicher Betrag von 240 000 Mark festgesetzt. Die Berufung oder Anstellung als akademischer Lehrer an der evangelischen theologischen Fakultät der Universität Heidelberg soll im Benehmen mit dem zuständigen Organ der evangelisch-protestantischen Landeskirche erfolgen. Der evangelische Religionsunterricht an den badischen Schulen soll nach Massgabe der Bestimmungen des Artikels 149 der Reichsverfassung ordentliches Lehrfach sein.

Der Vertrag bedarf noch der Zustimmung der evangelischen Landes-Synode und des Badischen Landtags.

SPD. Der Unterausschuss des Hauptausschusses des Preussischen Landtags, der am Dienstag zusammentrat, um über Anträge der Nationalsozialisten und des Zentrums zu Sparmassnahmen und zur Frage der Verwaltungsreform zu beraten, stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass Regierungsvertreter nicht erschienen waren. Der Vorsitzende Abg. Hinkler (Nat. Soz.) teilte mit, dass er vergebens versucht habe, auf telefonischem Wege festzustellen, ob und welche Regierungs-

vertreter erscheinen würden. Die Abgeordneten Schwenk (Komm.) und Hinkler (Nat. Soz.) waren der Ansicht, dass in der Nichtentsendung von Regierungsvertretern eine scharfe Brückierung des Landtages zu erblicken sei und deshalb dem Hauptausschuss selbst eine scharfe Entschliessung zur Annahme empfohlen werden müsse. Demgegenüber vertraten die Abgeordneten Leinert (Soz.) und Dr. Hamburger (Soz.) die Auffassung, dass der Hauptausschuss kaum für eine Klärung der Sachlage zuständig sei.

Wie der Vorsitzende Abg. Hinkler mitteilte, hat er zusammen mit dem Landtagspräsidenten Kerrl eine längere Unterredung mit Reichskommissar Dr. Bracht gehabt. Dieser habe empfohlen, man möge Kommissare anfordern, allerdings hätten diese keine anderen Befugnisse als Auskünfte zu erteilen; die kommisarisiche Regierung sei dem Landtag nicht verantwortlich und die frühere Regierung habe keine Befugnisse. Verantwortliche Minister gäbe es zurzeit in Preussen nicht. Bracht habe zum Ausdruck gebracht, dass er bereit gewesen wäre, einem Ersuchen entsprechend vor dem Rechtsausschuss zu erscheinen, doch habe ihm das Urteil des Staatsgerichtshofes diese Möglichkeit genommen. Im übrigen sei für ihn die Mitarbeit des Landtages gegenstandslos.

Abg. Diel (Zt.) erklärte, dass es nach diesem Ergebnis keinen Zweck mehr habe, in die sachliche Beratung der Anträge einzutreten. Man werde vielmehr mit einer scharfen Entschliessung in die Öffentlichkeit gehen müssen. Es entspann sich dann eine längere Aussprache über die Frage, ob man nicht den Ministerpräsidenten Braun und Ministerialdirektor Brecht herbeirufen solle, was von seiten des Zentrums und der Kommunisten befürwortet von den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen aber abgelehnt wurde. Von der Herbeirufung wurde Abstand genommen. - Ueber die Frage, ob nicht nunmehr eine neue Klage beim Staatsgerichtshof eingereicht werden müsse, um der alten Regierung die ihr durch das Leipziger Urteil zugestandene Ausübung ihrer Befugnisse zu ermöglichen, und von wem diese Klage ausgehen müsse, konnte eine Klarheit nicht erzielt werden.

Der Vorsitzende Abg. Hinkler (Nat. Soz.) schlug schliesslich vor, der Regierung Braun offiziell mitzuteilen, dass das Staatsministerium zu der Sitzung des Unterausschusses eingeladen worden sei, sich aber niemand eingefunden habe. Der Hauptausschuss selbst solle am 22. und 23. d.M. zusammentreten, um einen Bericht des Unterausschusses entgegenzunehmen. Zu dieser Sitzung solle die frühere Regierung unmittelbar eingeladen und der kommissarischen Regierung eine Abschrift der Einladung zugestellt werden. Er selbst sei, wenn es gewünscht werde, bereit, den Ministerpräsidenten Braun auch persönlich über die Sachlage zu unterrichten.

Der Ausschuss nahm dann bei Stimmenthaltung des Abg. Ebersbach (Dtn.) folgende Entschliessung an:

"Am 14. und 15. November 1932 ist ein Unterausschuss des Hauptausschusses zusammengesetzt mit der Aufgabe, diejenigen Massnahmen zu beraten, welche die Sparverordnung vom 8. Juni 1932 entbehrlich machen und eine zweckentsprechende Verwaltungsreform vorbereiten. An der Erledigung dieser Aufgabe wird der Unterausschuss dadurch gehindert, dass das Staatsministerium oder bevollmächtigte Vertreter nicht erschienen sind, obwohl die in Frage kommenden Ministerien in der üblichen Weise Einladungen erhalten haben. Der Unterausschuss besteht auf seinem verfassungsmässigen Recht, die Anwesenheit der Minister zu verlangen. Er hat festgestellt, dass der Reichskommissar die Einladungen an das geschäftsführende Staatsministerium nicht weitergeleitet hat. Der Unterausschuss verlangt die Beseitigung jedes Hindernisses, durch welches das Erscheinen von Ministern oder deren bevollmächtigten Vertretern unmöglich gemacht und damit dem Landtag die Durchführung der ihm verfassungsmässig obliegenden Aufgaben erschwert wird."

In der Abstimmung hierüber gab Abg. Ebersbach (Dtn.) die Erklärung ab, dass seines Erachtens die Fassung einer Entschliessung über den Rahmen der dem Unterausschuss übertragenden Aufgaben hinausgehe. Es müsse dem Hauptausschuss, dem ja Bericht erstattet werden solle, vorbehalten bleiben, selbst die aus den Tatsachen sich ergebenden Schlüsse zu ziehen. Die Deutschnationalen können deshalb einer Entschliessung des Unterausschusses nicht zustimmen.

SPD. Chemnitz, 15. Nov. (Eig. Drahtb.)

Das Chemnitzer Schwurgericht verurteilte den Arbeiter Bartl wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode und wegen Vergehens gegen das Schusswaffengesetz zu 6 Monaten Gefängnis. Der Angeklagte wurde ausserdem zu lebenslanglichem Ehrverlust verurteilt. Bartl war Mitglied der kommunistischen "Roten Wehr".

Am 4. August kam es in Chemnitz im Cafe Herold, einem SA-Lokal, zu einem Zusammenstoss zwischen SA-Leuten und dem Angeklagten, der mit einem Begleiter, der flüchtig ist und dessen Namen der Verurteilte nicht kennen will, in ange-trunkenem Zustande gegen Mitternacht das Lokal aufgesucht hatte. Bei dem Zu-sammenstoss wurde ein mit den Nationalsozialisten sympathisierender Dentist von dem Begleiter Bartls erschossen. Bartl selbst wurde auf der Flucht von der Polizei verhaftet. Man fand ihn in völlig erschöpftem Zustande mit einer schweren Kopfverletzung auf, die sich Bartl bei dem Zusammenstoss zugezogen hatte.

Der ungeheuerliche Urteilspruch offenbart die Gesinnung der Richter.

SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat am Dienstag einstimmig beschlossen, der Einladung des Reichskanzlers von Papen zu einer Unterredung in der Reichskanzlei nicht zu folgen.

Der Reichskanzler von Papen hat durch zweimalige Auflösung des Reichstags das deutsche Volk zweimal über seine Regierungspolitik befragt und zweimal vernichtende Absagen erhalten. Die Verfassung, die er beschworen hat, gibt ihm nicht das Recht, weitere Verhandlungen zu führen, sie verpflichtet ihn viel-mehr zum Rücktritt.

Der Reichskanzler von Papen hat sich bei seinem Vorgehen gegen die recht-mässige Regierung Preussens über die Verfassung und den Spruch des höchsten Gerichts ebenso hinweggesetzt, wie er durch sein Verbleiben im Amte das Urteil des Volkes missachtet hat. Er hat in seinen öffentlichen Reden die Parteien verunglimpft und diejenigen, die sich seiner Politik entgegenstellen, als Fein-de des Volkes bezeichnet. Sein ganzes Verhalten macht ihn als Verhandlungspart-ner für die Sozialdemokratische Partei ungeeignet.

Die Sozialdemokratische Partei erblickt in dem Reichskanzler von Papen den Sachwalter einer winzigen Minderheit, die sich in rücksichtsloser Wahrnehmung ihrer eigenen Klasseninteressen nicht scheut, über das Grundgesetz der Republik und die Rechte des Volkes hinwegzugehen.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann aus allen diesen Gründen von der geplanten Besprechung ein Ergebnis nicht erwarten. Er hält es jedoch für notwendig, in aller Oeffentlichkeit seine Stimme zu erheben gegen eine Politik, die sich mit jedem Schritt von dem Boden des Rechts weiter entfernt. Er wendet sich aufs schärfste gegen die öffentlich erörterten verbre-cherischen Pläne, die darauf abzielen, die durch Beschluss der Nationalversamm-lung rechtmässig zustandegekommene Verfassung auf verfassungswidrigem Wege ab-zuwandern, und fordert den Rücktritt dieser Regierung.

SPD. Dresden, 15. Nov. (Eig. Drahtb.)

In Dresden wird seit einiger Zeit der Schlosser Herbert Hensch vermisst. Jetzt gibt die Polizei bekannt, dass drei andere Personen, der Funker Rudolf Schenk, der Telegraphenbauhandwerker Friedrich Fraenkel und der Berufslose Wal-ter Woicit geflüchtet sind, nachdem sie davon Kenntnis erhalten hatten, dass die Kriminalpolizei mit der Möglichkeit eines Verbrechens rechnet. Nach den bisherigen Feststellungen ist Hensch am Abend des 4. November telefonisch ange-rufen und für 11 Uhr nachts in die Nähe eines Gasthofes bestellt worden. Dort ist er auch eingetroffen. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Hensch und auch die

anderen Personen sind Mitglieder der NSDAP und gehören einer Sturmabteilung an. Der Vermisste hat seine Wohnung in SA-Uniform mit Mantel verlassen. Es ist aus allen diesen Umständen anzunehmen, dass an Hensch ein Fememord verübt worden ist.

SPD. Zwickau, 15. Nov. (Eig. Drahtb.)

Wegen verleumderischer Beleidigung des sozialdemokratischen Abgeordneten des sächsischen Landtags Paul Hermann sind vom Schöffengericht Zwickau drei Nationalsozialisten zu Gefängnisstrafen von 5 und 6 Monaten verurteilt worden. Auf Hermann wurde kürzlich von Nationalsozialisten bereits das zweite Attentat verübt.

SPD. München, 15. Nov. (Eig. Bericht)

Eine Münchener katholisch-politische Wochenzeitung des früheren "Marxistentöters" Dr. Gerlich versuchte im Juliwahlkampf in zwei umfangreichen Artikeln den wissenschaftlichen Nachweis, dass Hitler alles andere sei als der von den völkischen Rassenlehrern bevorzugte nordisch-arisch-germanische Typ, sondern im wesentlichen den ostisch-mongolischen Typ verkörpere und zwar auf Grund seiner körperlichen Merkmale, des Wohnorts seiner Vorfahren an der mittleren Donau, der alten Völkerwanderungsstrasse, und seiner asiatisch-despotischen Geisteshaltung. Zur Beweisführung waren u.a. auch Bilder aus dem berühmtesten Machwerk von Hitlers Hofphotograph reproduziert: "Hitler, wie ihn keiner kennt."

Dies brachte Dr. Gerlich eine Klage wegen Verletzung des Urheberrechts ein mit dem Erfolg einer Schaustellung des Osaf als "ausgesprochen mongoloider Typ" im Gerichtssaal. Der Beklagte verteidigte sich ausserordentlich geschickt. Er ging aus von dem Blödsinn, an die Ueberlegenheit der nordisch-arisch-germanischen Rasse zu glauben und wies in diesem Zusammenhang auf die homosexuellen Neigungen in der Führerschaft der Hitlerpartei hin und auf die Tatsache, dass in der Parteileitung der Nazi die Mischung von Kriminellem und Pathologischem stark vertreten sei, Hitler, der den Beklagten in der eigenen Wohnung aufgesucht hatte um ihn zu keilen, sei in der peinlichen Lage, dass er bei Anwendung der eigenen Lehre aus der deutschen Politik ausscheiden müsste, ebenso drei Viertel der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, da bei wissenschaftlichen Abmessungen die meisten Hitlerführer sich als ostisch-asiatische Menschentypen herausstellen. Es müsse gestattet sein, Hitler mit dem Masstab seiner eigenen Lehre zu messen, auch wenn sich dabei ergebe, dass dieser politische Führer etwas ganz anderes vertrete als er selbst sei.

Mit dieser Abreibung hatten die braunen Kläger nicht gerechnet, sie verzichteten deshalb auch darauf, dem mongoloiden Charakter Hitlers irgendwie zu bestreiten. Welches Paragraphenurteil das Gericht fällen wird, ist von untergeordneter Bedeutung. Der Fall scheint ihm aber doch etwas schwierig zu sein, denn es hat sich eine Woche Bedenkzeit für die Urteilsfindung genommen.

SPD. Der 70 jährige Geburtstag Gerhart Hauptmanns war dem preussischen Staatskommissar gerade gut genug, den Stoff zu einer Komödie zu liefern, wie ihn selbst die Phantasie des gefeierten grossen Dichters nicht hätte erdenken können. Die rechtmässige preussische Regierung hatte beschlossen, dem Schöpfer der "Weber" die goldene preussische Staatsmedaille zu verleihen und dies in folgender Urkunde zum Ausdruck zu bringen:

"Die preussische Staatsregierung hat auf Vorschlag des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einstimmig beschlossen, Deutschlands und Preussens grossen Sohne Gerhart Hauptmann als Dank für sein Lebenswerk, in dem sich das Recht Bahn bricht gegen die Gewalt, der Geist gegen Hochmut,

und die Seele gegen alles, was die Seele tötet, zu seinem 70. Geburtstag die Grosse Preussische Staatsmedaille für Verdienste um den Staat zu verleihen. Berlin, den 15. November 1932. Das Preussische Staatsministerium. Braun. Grimme."

Am Dienstag früh überbrachten Kultusminister Dr. Grimme und Dr. Brecht im Namen der preussischen Regierung dem Dichter diese Verleihungsurkunde. Gerhart Hauptmann dankte mit tiefempfundenen Worten. Die goldene Medaille aber konnte Deutschlands grösstem lebenden Dichter nicht gegeben werden, weil Herr Bracht diese Ehrenmünzen eingeschlossen hat und nicht herausgibt. Der Herr Kommissar hat nämlich selbst eine Ehrenurkunde geschrieben und will die Medaille selbst überbringen. Die Regierung Braun hat nach seiner Zwickel-Meinung kein Recht dazu. Ihre Urkunde erklärt er für ungültig, weil sie kein Staatsiegel trägt. Das sei im alleinigen Besitz des Kommissars.

Die Verleihung von Auszeichnungen stellt einen Hoheitsakt des Staates dar, dessen Ausübung nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes einzig und allein der verfassungsmässigen Regierung Braun zusteht. Im übrigen aber hätten es Takt, Würde und Anstand einem Zwickelbruder verbieten müssen, sich an einen Gerhart Hauptmann heranzudrängeln, dessen ganzes Werk und Leben eine einzige Kampf-ansage ist gegen den Muff, gegen die brutale Gewalt und ihre Anbeter. Von den "Wiebern" bis zu Hauptmanns letztem Schaffen, es ist der Schrei nach materieller und geistiger Freiheit, nach Licht und sozialem Recht. Die Bracht-Mucker des heutigen Rundfunks, der Badeverordnung, der Zensur und der Rentenkürzung für Witwen und Waisen, ausgerechnet diese Feinde des Volkes und des Geistes als Ehrer und Verehrer Gerhart Hauptmanns... wenn sie einen Funken Gefühl für Scham und Lächerlichkeit hätten, wären sie dankbar gewesen, ihr Gesicht und ihre Anwesenheit nicht einem Gerhart Hauptmann zu zeigen, der in den letzten 15 Jahren mehr als deutlich bekundet hat, dass er nicht neben den Monarchisten, Zwickelkommissaren und Kommisköpfen stehen will, sondern bei dem Volke und den Führern der republikanischen Parteien.

SPD. Hildesheim, 15. Nov. (Eig. Drahtb.)

Im Alfelder Landesfriedensprozess wurden 14 Mitglieder der Eisernen Front zu insgesamt 116 Monaten Gefängnis und 18 Monaten Zuchthaus verurteilt. Elf Nazianhänger erhielten zusammen 51 Monate Gefängnis. Sieben Mitglieder der Eisernen Front wurden freigesprochen.

Am 10. Juli waren 3000 Mitglieder der Eisernen Front auf Fahr- und Motor-rädern zu einer Sternfahrt aus dem Unterbezirk Hildesheim in Bockenem zusammengekommen. Die Gesamte Veranstaltung verlief in vollkommener Ruhe. Auf dem Heimweg wurden jedoch einzelne Abteilungen der Teilnehmer von Nazis überfallen. Das geschah vor allem in Ahlfeld. Die Ueberfallenen setzten sich mit Latten und Steinen zur Wehr. Es kam zu schweren Prügeleien. Vor Gericht wurde erwiesen, dass die Nazis ganze Stürme gegen die Sternfahrer mobilisiert hatten. Lastwagen wurden mit Backsteinen und SA-Leuten beladen und derart ausgerüstet den Rad-fahrergruppen der Eisernen Front entgegengeschickt. In Ahlfeld, wo der Haupt-überfall stattfand, sind die Nazis in Gruppenkolonnen einmarschiert mit dem Ruf "SA - Strasse frei!" Trotz der klar erwiesenen Notwehrmassnahmen verurteilte die Strafkammer die angeklagten Republikaner und Sozialdemokraten; und dies wegen Landfriedensbruchs, während den angeklagten Nazis nur Körperverletzung an-gerechnet wurde. Die Höchststrafe bei den verurteilten Nazis beträgt 8 Monate 1 Woche Gefängnis. Die Höchststrafen gegen die Mitglieder der Eisernen Front sind 2 Jahre Gefängnis und 1½ Jahre Zuchthaus. In der republikanischen Bevölke-rung herrscht grosse Empörung über dieses Urteil.

SPD. Die Königsberger Reichskonferenz des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten - über den Hauptteil der Beratungen haben wir bereits berichtet - nahm im Anschluss an einen interessanten Bericht des Reichstagsabgeordneten Rossmann-Stuttgart über die Tätigkeit der Kriegsopfer-Internationale "Ciamac" und nach einem Vortrag von Dr. Foth-Neustrelitz über die Tätigkeit des Völkerbundes eine bedeutsame Entschliessung zur internationalen Friedenspolitik an. Ihre Kerngedanken lauten:

In der Verwirrung der Geister, die durch die internationale Rüstungsdebatte entstand, hält der Reichsbund daran fest, dass ein dauerhafter Frieden in Europa nur auf der Grundlage einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich möglich ist. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die mit dem Grundsatz, dass Gleichberechtigung unter den Nationen herrschen soll, nicht in Einklang stehen, müssen im Wege der Verständigung beseitigt werden. Der Weg, den die offizielle deutsche Aussenpolitik einschlägt, führt nicht zu diesem Ziel. Nationalistische Kundgebungen und Drohungen, bestehende Verträge eigenmächtig abzuändern, diktatorische Regierungsmethoden und Bestrebungen, die demokratische Kontrolle des in seiner Mehrheit friedliebenden deutschen Volkes auszuschalten, steigern das Misstrauen der Welt. Der Bund warnt vor der Wiederholung von Methoden, die während des Krieges verhindert haben, dass das deutsche Volk rechtzeitig seine gefährliche weltpolitische Lage erkennen konnte. Die sofortige Wiederaufnahme der Arbeiten der Weltabrüstungskonferenz ist das vordringlichste Erfordernis. Der Bund begrüsst es, dass der Plan der französischen Regierung, mit dessen Einzelheiten er sich natürlich nicht identifiziert eine Möglichkeit bietet, die zwischen Deutschland und der Weltabrüstungskonferenz abgerissenen Fäden wieder zu knüpfen. Er erwartet von den verantwortlichen Stellen in Deutschland, dass sie von jeder Möglichkeit Gebrauch machen, die Genfer Arbeit fortzusetzen. Weltpolitische Experimente, die den Gedanken der Abrüstung gefährden, lehnt der Reichsbund ab.

Die Bundessekretärin Martha Harnoss teilte in ihrem Vortrag über die internationale Jugenderziehung und den Kinderaustausch der Kriegsopfer mit, dass im nächsten Jahre französische Kinder nach Deutschland kommen. Auch leiste der organisierte Briefaustausch zwischen fremder und deutscher Jugend der Verständigung wertvolle Dienste.

Mit allem Nachdruck forderte die Königsberger Konferenz, dass nunmehr nach fast zwei Jahrzehnten seit Kriegsbeginn den Kriegsothern endlich eine ausreichende Versorgung zuteil wird, auf die sie in anbetracht ihrer mit Blut erkaufenen und wohlverworbenen Rechte trotz der Not der Zeit ein Anrecht haben.

SPD. Paris, 15. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der "Paris Midi" meldet aus Washington, dass die Aussichten in bezug auf die Gewährung eines Zahlungsaufschubs an Frankreich und England für die am 15. Dezember fälligen Schuldenraten sehr gering sind.

"In der Umgebung Hoovers und Roosevelts - so heisst es in der Meldung - zweifelt man ernsthaft an der Möglichkeit für Amerika, die französischen und englischen Vorschläge für den Zahlungsaufschub anzunehmen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass Hoover darauf eingehen wird, sobald als möglich Verhandlungen über die Herabsetzung der Schulden mit jedem einzelnen Schuldnerlande einzuleiten. Im übrigen wäre für die Verlängerung des Moratoriums die Zustimmung des Kongresses notwendig. Angesichts der feindlichen Haltung der Führer des Senats ist es sehr zweifelhaft, dass eine derartige Zustimmung erreicht werden kann. Andererseits sind die Republikaner und die Demokraten nicht über die Bedingungen einig, unter denen Amerika eine Revision der Zahlungsabkommen gewähren soll. Für die Republikaner ist die wesentlichste Vorbedingung die Abrüstungsfrage. Die Demokraten dagegen glauben, obwohl sie auch den Fortschritt der Abrüstungskonferenz wünschen, dass die wichtigsten Bedingungen in ernsthaften Zugeständnissen in der Frage der ausländischen Zolltarife bestehen, die einen

leichteren Absatz der amerikanischen Waren auf europäischen Märkten erlauben würden. Kurz zusammengefasst ist die Lage folgende: Amerika wird darauf bestehen, dass die im Dezember fälligen Summen uneingeschränkt bezahlt werden, aber ist bereit, sofort die Diskussion über die Herabsetzung der späteren Zahlungen zu beginnen."

SPD. Genf, 15. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbundsrat ist zum 21. November einberufen worden. Ausser dem Lytton-Bericht über den Mandschurei-Konflikt steht die Ernennung eines Völkerbundskommissars für Danzig auf der Tagesordnung.

SPD. Paris, 15. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die Regierung hat am Dienstag in der Kammer den Budgetentwurf für 1933 eingebracht, der endlich Aufschluss über die Massnahmen gibt, mit denen das etwa 8 Milliarden Francs betragende Defizit gedeckt werden soll. Das Budget balanciert mit etwa 47,8 Milliarden Francs.

Das ursprünglich vorhandene Defizit soll auf folgende Weise beseitigt werden: 1) Neue Einschränkungen bei den Sachausgaben eine halbe Milliarde; 2) Massnahmen gegen den Steuerbetrug eine Milliarde; 3) neue Steuern (Erhöhung der Einkommensteuer, Steuer auf Automobiltransporte usw.) 1½ Milliarden; 4) Uebertragung einiger öffentlicher Arbeiten aus dem Budget in einen besonderen Gesetzentwurf 1½ Milliarden; die auf dem Anleihewege aufgebracht werden sollen; 5) Schaffung einer Pensionskasse, deren Betriebskapital ebenfalls durch eine Anleihe aufgebracht werden soll, wodurch das Budget um 2,1 Milliarde entlastet wird; 6) Senkung der Beamtgehälter und Pensionen 1,4 Milliarden.

Die Senkung der Beamtgehälter beträgt 2, 3, 5, 7 und 10 Prozent, steigend mit der Höhe der Gehälter über 12 000 Francs. Ferner sollen die Repräsentationszulagen um 10 Prozent, die übrigen Zulagen mit Ausnahme der Familienzulagen um 20 Prozent gekürzt werden. Was die Ersparnisse bei den Kriegsinvaliden- und Kriegsteilnehmerpensionen betrifft, so sollen den im Kriege erkrankten Personen, die nicht an der Front gestanden haben, sowie den wiederverheirateten Kriegerwitwen die Pensionen entzogen werden. Das Gleiche ist mit den Kriegsteilnehmerrenten für Personen vorgesehen, die über ein gewisses Einkommen verfügen. Da der Entwurf, der wegen der neuen Steuern und Anleihen von den Rechtsparteien und wegen der Kürzung der Beamtgehälter von den Sozialisten bekämpft werden wird, unmöglich bis Ende des Jahres verabschiedet werden kann, bereitet die Regierung schon einen neuen Gesetzentwurf für die Ausgaben der beiden ersten Monate des Jahres 1933 vor, der zwischen Mitte und Ende Dezember dem Parlament unterbreitet werden soll.

SPD. Genf, 15. Nov. (Eig. Drahtb.)

Im Kantonal-Hospital in Genf ist jetzt das 13. Opfer des Maschinengewehrfeuers vom 9. November seinen Verletzungen erlegen. Es ist ein Lehrer, der wie zehn andere getötete Demonstranten mit der Demonstration gar nichts zu tun hatte und auf dem Nachhausewege von den Kugeln überrascht wurde.

Der Sekretär der schweizerischen Sozialdemokratie, Abg. Graber, verlangt in seiner Zeitung "La Sentinelle" (Der Wachtposten) die Verhaftung des Genfer Faschistenführers Oltramare. Dieser hat sich in einem Interview im "Corriere della Sera" gerühmt, mit seiner Drohung eines Staatsstreiches die Regierung zur Verhaftung Nicoles gezwungen zu haben. Im übrigen rückt Graber scharf von der revolutionären Methode der Genfer Sozialisten ab, für die weder wirtschaftlich noch politisch ein Boden vorhanden sei. Man habe nicht das Recht,

eine revolutionäre Haltung einzunehmen, wenn die Ereignisse andere Wege öffneten und wenn man nicht über das geringste revolutionäre Instrument verfüge. Diese Taktik vermindere nur die Wirksamkeit und den Erfolg der konstruktiven Politik, von der er für die Arbeiterklasse die Eroberung der Macht und die Verwirklichung des Sozialismus erwarte.

Acht von den 22 verhafteten Soldaten sind bereits verurteilt und nach dem Fort Savatan transportiert worden.

SPD. Eutin, 15. Nov. (Eig.Drahtb.)

Das Willkürregiment der Naziregierung und ihrer in hohe Aemter geschobenen Günstlinge stösst in der Bevölkerung auf immer heftigere Empörung. Aus einem deutschnationalen Protestschreiben an die Naziregierung in Oldenburg ist zu ersehen, dass in Oldenburg die SA nicht nur Hilfspolizei ist, sondern dass hier auch mehrfach vorbestrafte Verbrecher Unterschlupf gefunden haben. Zwei SA-Leute, die jetzt Polizeidienste verrichten können, werden in dieser deutschnationalen Denkschrift des Bombenattentates gegen eine Konsumvereins-Filiale beschuldigt,

Die deutschnationale Verärgerung ist durch den Nazi-Regierungspräsidenten verursacht, der den deutschnationalen Bürgermeister und den Polizeikommissar von Eutin mit Gewalt ihres Amtes entthob, weil sie sich weigerten, zwei preussische Kriminalbeamte zu verhaften, die an der Aufklärung von Sprengstoffattentaten der Nazis gearbeitet hatten. Jetzt ist auch die Amtsenthebung des Polizeikommissars wieder rückgängig gemacht, aber der Nazi-Präsident hat ihm ein Disziplinarverfahren angehängt. Kein Wunder, wenn bereits die Wahl vom 6. November eine Katastrophe für die Nazis gewesen ist und wenn die Bevölkerung von Oldenburg die Erlösung vom Dritten Reich täglich heisser ersehnt.

SPD. Genf, 15. Nov. (Eig.Drahtb.)

Das Büro der Abrüstungskonferenz hat die Berichte über die Abrüstungskontrolle, Verbot des chemischen Krieges und Feststellung der Angriffswaffen durchgearbeitet. Am Donnerstag wird Sir John Simons (England) die neuen englischen Vorschläge darlegen. Sie werden zusammen mit dem französischen Plan beraten werden. Man erwartet die Einberufung der Generalkommission für den 28. November. Zuvor sollen Besprechungen Neuraths mit den übrigen Ratsmitgliedern die Frage der Rückkehr Deutschlands zu den Verhandlungen klären.

SPD. Frankenhein (Rhön), 15. Nov. (Eig.Dr.)

Aus Frankenhein wird gemeldet, dass dort Erwerbslose einen Hungermarsch veranstalteten und einen Bäcker- und Fleischerladen plünderten. Als Ursache wird angegeben, dass den Erwerbslosen keine Unterstützung ausgezahlt werden konnte. Verhandlungen, die dieserhalb mit dem Bürgermeister, dem Landrat und den Unterstützungsempfängern geführt wurden, verliefen ergebnislos. Die thüringische Naziregierung schickte ein Ueberfallkommando aus Hildburghausen nach Frankenhein.

SPD. Wien, 15. Nov. (Eig.Drahtb.)

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie wurde am Dienstag beendet. Der letzte Tag war ausgefüllt mit einem Referat des Nationalratspräsidenten Dr. Karl Renner über die Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Regierungen und die Forderungen der Arbeiterklasse.

Renner befasste sich mit einer Analyse der Weltwirtschaftskrise und wies nach, wie in allen Ländern durch die Planlosigkeit kapitalistischer Wirtschaft Arbeitslosigkeit und Zusammenbrüche hervorgerufen wurden. Er erklärte: Wir haben in Europa in den letzten Jahrzehnten in vielen Staaten den Wechsel von reinen Bürgerblockregierungen und von solchen Regierungen, in denen auch Sozialdemokraten saßen, erlebt. Man kann als Regel feststellen: Bürgerblockregierungen waren wirtschafts- und sozialpolitisch völlig unfruchtbar, gemischte Regierungen, in denen auch Sozialdemokraten saßen, haben die Wirtschaft wenigstens ruckweise auf dem Wege des Staatskapitalismus und der Sozialpolitik vorwärts gebracht. Moderne Staatswesen lassen sich mit praktischem Erfolg und mit friedlicher Entwicklung ohne die Arbeiterklasse und ohne Sozialisten nicht mehr regieren. Es ist hinfällig, dass eine privatkapitalistische Wirtschaftspolitik ihre Aufgaben in der Krise erfüllen kann. Und da ist auch wohl zu erklären, dass diese Politik, an jedem Erfolg verzweifelnd, zu dem lange und verschwiegen gehegten und jetzt im Nationalsozialismus offen ausgesprochenen Bekenntnis kommt: wir können die Arbeiter nicht erhalten, also erschlagen wir sie. Auf diese einfache Formel läuft die nationalsozialistische Lehre von der Ausscheidung der sogenannten sozialen Minusvarianten, die Hitlerische Lehre von den "Minderwertigen" hinaus. Das Grundübel unserer Wirtschaft und unserer Zeit sind ausser diesen angeführten Uebelständen noch der permanente Wirtschaftskrieg zwischen den Staaten, die Zollabsperrung, die Devisenverordnung und andere Einrichtungen des Kapitalismus, die die Krise nur noch steigern. Keine nationalistische Politik kann sie ändern, sie könnten durch Autarkiepläne nur verschlimmert werden. Es wird immer klarer, dass nur die wirtschaftliche Zusammenarbeit aller innereuropäischen Nationen, die allerdings bisher immer wieder an den politischen Rivalitäten der grossen Mächte scheiterte, aus dieser Krise herausführen kann.

Der Parteitag nahm dann eine Entschliessung an, in der das Gelöbnis wiederholt wird, die Sozialgesetzgebung der Republik mit aller Kraft zu verteidigen, und die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich gefordert wird. Am Schluss der Resolution heisst es: Es kann bei dem herrschenden europäischen System politischer Zerrissenheit, militärischer Rüstungen und des Wirtschaftsfriedens in Permanenz die Arbeiterschaft des einzelnen Landes wie Oesterreich sich unmöglich selbst den Weg ins Freie bahnen. Nur der gemeinsame Kampf der Arbeiter aller Länder um die wirtschaftliche und politische Neuordnung Europas und der Welt, nur der siegreiche Kampf der proletarischen Internationale kann auch unserem Land wieder die Freiheit bringen.

SPD. Weimar, 15. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die Thüringer Naziregierung hat der in immer tieferes Elend sinkenden Bevölkerung das tausendmal versprochene Paradies immer noch nicht gebracht. Als Ersatz für gekürzte Wohlfahrtsunterstützungen bietet sie jedoch Jagdspiele gegen die marxistische und republikanische Presse. Nach den vielen Verboten folgte der Entzug der amtlichen Bekanntmachungen. Jetzt wird bekannt, dass die sozialistischen, demokratischen und Zentrumsblätter in Zukunft keine Pressemeldungen aus den Ministerien mehr erhalten sollen. Für die Berichterstatter der gleichen Presse droht ausserdem der Entzug der Pressekarten für die Landtagssitzungen. Bei dem demokratischen "Volksblatt" in Jena ist bereits der Anfang gemacht worden. In Coburg tiefe Bücklinge vor abgetakelten Fürsten und Hofschranzen zu machen, die SA zum Fackelzug und Türöffnen zu kommandieren, die Gelder der Stadt für Illumination bei der Fürstenhochzeit zu verpulvern und die Republikaner sowie ihre Presse zu verbieten, das ist kein Kunststück. Aber zu verhindern, dass das Volk die Wahrheit über das Dritte Reich in Thüringen erfährt, dieses Kunststück wird kein Hitler und keiner seiner Trabanten fertig bringen. Der 6. November hat das bewiesen.

Anm. f. d. Red.: Die nächste Ausgabe des SPD erscheint am Donnerstag abend.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Der Abfall beginnt.

SPD. Im nationalsozialistischen Lager tritt nach der Wahlniederlage vom 6. November ausserordentlich starke Kritik an Hitler hervor. Da er von seiner Umgebung geflissentlich in den Vordergrund geschoben worden ist, wird ihm nun auch die Verantwortung an der Niederlage aufgeladen. Bis zur offenen Rebellion ist diese Kritik bereits in der Presse der sudetendeutschen Nationalsozialisten erschienen. Das nationalsozialistische Blatt der "Tag" schrieb nach der Wahlniederlage der Nationalsozialisten:

"Eine nüchterne Betrachtung des Wahlergebnisses bestätigt nur die Anschauungen, die von führenden Personen der sudetendeutschen Nationalsozialisten seit jeher vertreten wurden. Schon unser verstorbener Pg. Patzel hat die Meinung vertreten, dass auch die reichsdeutschen Nationalsozialisten über etwa ein Drittel der Gesamtstimmenzahl nicht hinauswachsen würden und dass auch ihnen schliesslich nur die Beteiligung an einer Koalitionsregierung übrig bliebe. Dieser Augenblick scheint nun nahezurücken. Abgesehen davon, dass eine Diktatur im Deutschen Reich immer als etwas Fremdes empfunden wird, ist sie schon aus dem Grunde nicht lange tragbar, weil sie doch nicht dauernd gegen das Volk regieren kann, sondern etwas hinter sich haben muss. Es wird natürlich im Reiche keinesfalls zu einer Machtübernahme durch Hitler kommen. Derartige Hoffnungen und Befürchtungen müssen, wenn sie je gehegt wurden, fallengelassen werden, was nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich ist, ist die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Reichsregierung. Und damit wird hoffentlich das grosse Geschrei um den Nationalsozialismus ein Ende finden."

Das ist eine ausserordentlich scharfe Distanzierung. Man kann geradezu schon von offenem Verrat nach der Niederlage reden! Die Diktatur wird feierlich abgeschworen! Von einer Machtübernahme durch Hitler wird gesagt, dass man sie befürchtet hat und am Ende soll "dem grossen Geschrei um den Nationalsozialismus ein Ende bereitet werden". Die sudetendeutschen Nationalsozialisten wollen nach der Nazipleite vom 6. November nichts mehr von alledem wissen, was die um Hitler vor dem 6. November als heiligste Ziele der Nationalsozialisten angebetet haben. Der Abfall beginnt. Hitler bekommt die Folgen der Niederlage zu spüren.

Vertuschen! Vertuschen!

Die Nationalsozialistische Partei ist eine Konjunkturpartei, der ein fester Kern fehlt. Sie ver,ag deshalb einer Wahlniederlage nicht mutig ins Gesicht zu sehen. Die nationalsozialistischen Führer können nicht ihren Anhängern gegenüber mit Festigkeit erklären: "Wir haben eine Schlappe erlitten" - weil sie fürchten müssen, dass ihre Gefolgschaft nach einer solchen Erklärung mutlos auseinanderläuft.

Sie versuchen deshalb, die Niederlage hinwegzuestamotieren. Das begann schon nach dem 6. November in der nationalsozialistischen Provinzpresse. Das sächsische Naziorgan führte den Wahlausgang auf das schlechte Wetter zurück. Das Naziorgan in Köln half sich mit einer niedlichen kleinen Fälschung. Es berechnete den Stimmenrückgang der Nationalsozialisten mit den Prozentzahlen der Gesamtquote der Stimmenverteilung, bei den anderen Parteien aber im

Verhältnis der Stimmziffern. So rechnete er für die Sozialdemokratie 9 % heraus, für die Nationalsozialisten nur 4 %. In Wirklichkeit haben die Nationalsozialisten in Köln 25 % der Stimmen verloren! Noch dümmer log das Naziorgan in Pommern. Es verkündete nach der Reichstagswahl stolz: "Was wir gewannen. Insgesamt ist der Marxismus in Pommern geschlagen. Kommunisten und Sozialdemokraten haben zusammen 24 000 Stimmen verloren. Dieses Verdienst fällt den Nationalsozialisten zu". Aber die Nationalsozialisten selbst haben in Pommern 127 000 Stimmen gleich 25 % verloren!

Nach den Wahlen vom 13. November musste auch das Organ des Herrn Goebbels in Berlin seine Zuflucht zu statistischen Lügen nehmen. Es redete seinen Lesern vor, dass die Nationalsozialisten bei den sächsischen Gemeindewahlen eine - - starke Zunahme zu verzeichnen hätten. Die kleinen Fälscher haben nämlich dabei Bezug genommen auf die letzten sächsischen Kommunalwahlen, die im Jahre - - 1929 stattgefunden haben. Sie haben sich gehütet, neben die Stimmziffern der Gemeindewahlen die Ziffern der Reichstagswahlen zum Vergleich zu setzen.

Wer zu solchen kläglichen Kunstgriffen seine Zuflucht nehmen muss, der hat kein Zutrauen zur inneren Kraft seiner Partei, der sieht vielmehr in dem, was am 6. November begonnen hat und am 13. November weiterging, den Anfang vom Ende.

Die Rüstungsinternationale.

Die Nationalisten aller Länder sind wieder eifrig am Werke, um den kommenden Krieg vorzubereiten. Das ist ein internationales Handwerk, international wie die Rüstungsindustrie!

Das "Deutsche Militärwochenblatt" hat kürzlich Anzeigen veröffentlicht, in denen die englische Waffenfirma Vickers-Armstrong schwere Geschütze zum Kauf anbot. Diese Inserate haben Anfragen im englischen Unterhaus hervorgerufen.

Das "Deutsche Militärwochenblatt" nimmt dazu Stellung. Es erklärt, dass die englische Rüstungsfirma im "Deutschen Militärwochenblatt" inseriere, weil das Blatt wegen seiner traditionellen militärischen Güte von den Heeresverwaltungen aller der Länder gelesen werde, die ihre militärische Ausrüstung aus England beziehen.

England liefert die Geschütze, Deutschland liefert dazu die theoretische Gebrauchsanweisung und die Belehrung über die Kriegskunst, ein drittes Land macht vielleicht Gebrauch von dem, was es so geliefert erhält und wendet Geschütze nebst Gebrauchsanweisung gegen die Lieferantenländer an! Es ist eine echte Internationale der Vorbereitung des kommenden Krieges: die englische Rüstungsfirma, das deutsche Militärblatt und die Interessenten für beides in anderen Ländern!

Arbeit aber kein Lohn.

Der Deutsche Tierschutzverein sucht eine Kontoristin - und zwar ohne Lohn. Grosszügig "Gehalt Nebensache". Die Kontoristin soll durch das Bewusstsein entlohnt werden, praktische Tierliebe gezeigt zu haben. Arbeit, aber kein Lohn - welche groteske Differenz zwischen öffentlich zur Schau getragenen Tierliebe und mangelnder Menschenliebe!

Flotte aller Welt

Die Flotte fährt Manöver...

Wie man in Australien den Lohnabbau einleiten will!

SPD. London, Mitte November (Eig. Ber.)

In der australischen Flotte brach eine Lohnrebellion aus. Die Admiralität konnte ihren Willen nicht durchsetzen. Anschliessend bekamen die Schiffe den Befehl auszulaufen. Der Befehl zum Auslaufen erreichte die Flotte am 9. November 1932. Die Matrosen drohen, auch am Ziel, das ihnen bestimmt wurde: in der Jervis Bay, den Streik gegen den Lohnabbau fortzusetzen...

Die australische Flotte ist zu keinem schwerwiegenden strategisch-militärischen Manöver ausgelaufen, das traditionsgemäss mit Parade und anschliessendem Sportfest zu enden pflegt. Die unerwartete Ausfahrt hat politischen Sinn. Es ist das entscheidende Manöver der Admiralität gegen die Lohnbewegung der australischen Matrosen.

Die australischen Seeleute, die sich als Söldner auf Kriegsschiffen verheuert haben, wenden sich gegen einen rigorosen Lohnabbau. Sie drohen, im Falle der Nichtbewilligung ihrer Forderungen, mit einem Flottenstreik. Aehnlich wie die deutschen Matrosen 1917 haben sie an Land, in grossen Versammlungen, "Wohlfahrtskomitees" gebildet, die ihren Kampf zu organisieren haben und die dauernd mit der Seeleutegewerkschaft in Fühlung stehen. Aber die Matrosen bilden hier nicht nur eine beachtliche militärische Front gegen das Diktat der bürgerlichen Staatsleitung, die die Grundlöhne der Matrosen teilweise bis zu zwanzig Prozent einzuengen gedachte; sie veranstalten mit ihrer Haltung gleichzeitig eine Solidaritätsaktion für die australische Arbeiterschaft im Allgemeinen und für die Seeleutegewerkschaft im Besonderen.

Die Wirtschaftskrise erschüttert auch den australischen Kontinent. Die sinkenden Wollpreise gefährden das Land. Aber die Herren von Industrie und Handel, von der Generalität und Admiralität, glauben der "hohe Lebensstandard" des australischen Arbeiters verschulde die Krise. Der Durchschnittswochenlohn in den australischen Bundesstaaten betrug bei Krisenbeginn 90 Mark pro Woche; allerdings war der Lebensunterhalt bedeutend kostspieliger als in irgendeinem europäischen Lande. Als die Abbauoffensive begann, setzten sich die Arbeiter zur Wehr. Die sozialistischen Gewerkschaften - voran die Seeleutegewerkschaft, die mächtig und für die gesamte Wirtschaft des Kontinents entscheidend ist - blieben auch erfolgreich. Die Verträge und Tarife der Seeleutegewerkschaft waren nun bisher die Grundlage für die Soldberechnung der australischen Kriegsschiffmatrosen, und weiter bestimmten die Löhne der Bundesflotte die Tarife der Seeleute der Handelsflotte. Nach der erfolgreichen Abwehr des Lohnabbaues durch die Seeleutegewerkschaft begann man umgekehrt zu manövrieren. Die Bundesregierung diktierte einfach den Lohnabbau der Kriegsschiffmatrosen ohne Verhandlung und Rücksicht und hoffte mit der Drohung des Kriegsgesetzes die Matrosen niederzuhalten, um dann umso erfolgreicher auch die anderen Löhne in der Handelsflotte mitbekämpfen zu können.

Wie so oft in der Geschichte gingen die Militärs, hier die Admiralität, möglichst ungeschickt und provozierend vor und versuchten mit Kriegsartikeln alle Gegenbewegung zu ersticken. Die Matrosen setzten sich zur Wehr, unterstützt von der in ihrer Mehrheit sozialdemokratischen Arbeiterschaft

Melbournes. Unter diesem Drucke musste die Admiralität nachgeben, der Lohnabbau wurde ausgesetzt und die Flotte zunächst auf See und da nach der einseitigen Jervy Bay beordert. Die Mannschaften sollen von der Arbeiterschaft und ihren Gewerkschaften isoliert werden; man hofft, später umso eher zum Ziele, zum Lohnabbau zu kommen. Der Aufmarsch der Bundesflotte in der Jervis Bay wird also eine hohe politische Bedeutung haben, denn die Matrosen erklären, dass sie auch in der Isolierung nicht von ihren Forderungen abzugehen gedächten. So wie dieser militärpolitische Lohnkampf ausgehen wird, so werden die Lohnkämpfe der australischen Arbeiterschaft in der nächsten Zeit überhaupt ausgehen; sie haben auch für uns in Europa ein besonderes Interesse.

S.

+ + +
Köpenick in Siebenbürgen! Zahlreiche Gemeinden des siebenbürgischen Bezirkes Blasendorf sind einem raffinierten Gauner zum Opfer gefallen. Der sehr sicher auftretende Herr, der sich als Zentralinspektor des Bukarester Finanzministeriums ausgab und eine amtliche Vollmacht zur Einkassierung von Steuergeldern vorwies, besuchte die meisten Gemeinden des Bezirkes Blasendorf, nahm Kassenprüfungen vor und liess sich von den Gemeindeeinnehmern gegen Empfangsbestätigung die Kassenbestände aushändigen. Dann setzte man sich jeweils zum Festmahl, der Wein floss in Strömen, und es wurden viele schöne und patriotische Reden gehalten. Da der Herr Zentralinspektor stets die Zeche zahlte, war die Begeisterung für ihn überall so gross, dass man ihm von Gemeinde zu Gemeinde das Geleit gab. Nach einigen Tagen reiste der Herr Inspektor mit mehreren Millionen in der Tasche wieder ab. Einige Lokalblätter brachten ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck, dass die Finanzkontrolle diesmal ohne Brutalitäten und Drohungen vor sich gegangen sei; die Regierung würde gut daran tun, auch in Zukunft so einsichtige und freundliche Beamte zu schicken...

Wie gross war aber die Ueberraschung der Gemeindevorsteher, als sie kaum eine Woche später von der zuständigen Finanzdirektion aufgefordert wurden, unverzüglich die fälligen Steuern abzuführen. Nach kurzer Rückfrage in Bukarest war festgestellt, dass die Gemeinden einem geriebenen Gauner zum Opfer gefallen waren. Für den Schaden, den er verursachte, sollen die leichtsinnigen Gemeindeeinnehmer verantwortlich gemacht werden!

+ + +
Ein Luftfahrtmuseum. Auf dem Flugplatz Berlin-Johannisthal wurde am Dienstag mit einer Ansprache von Oberbürgermeister Dr. Sahm ein Luftfahrtmuseum eröffnet. Zahlreiche Bilder und Modelle veranschaulichen die imponierend rasche Entwicklung des Flugwesens. Ferner sieht man eine vollständige Führergondel eines alten Zeppelinluftschiffs, mehrere erbeutete Kriegsflyzeuge, unter ihnen ein russisches Flugboot, und den von dem Kriegspiloten Freiherrn von Richthofen geflogenen Albatros-Jagdeinsitzer.

+ + +
Die Mondscheinfahrt... Auf einem Teich bei Pribbernow (Pommern) fanden drei junge Leute den Tod durch Ertrinken. Sie hatten mit einem Kahn, der unterwegs Wasser sog, eine Mondscheinpartei unternommen.

+ + +
Berlin feiert Hauptmann. Die Berliner Feiern zu Ehren des siebenzigjährigen Gerhart Hauptmann standen im Zeichen herzlicher Dankbarkeit und aufrichtiger Verbundenheit. Viele Tausende füllten die Ausstellungshalle am Kaiserdamm, wo die Stadt Berlin, die "Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger" und andere grosse Verbände dem Dichter Glückwünsche darbrachten.

Am Dienstag empfing Gerhart Hauptmann eine endlose Schar von Gratulanten; die Zahl der telegraphischen Glückwünsche war so gross, dass die Post zu seinem Hotel einen regelrechten Sonderdienst einrichten musste. U.a. haben

die Schüler des Gymnasiums von Rapallo, einem häufigen Aufenthaltsort des Dichters, ein ins Italienische übersetztes Werk Hauptmanns mit einer goldenen Inschrift überreichen lassen. Spender der anderen Geschenke und Verfasser herzlicher Briefe sind im übrigen nicht nur offizielle oder sonstwie prominente Persönlichkeiten, sondern oft auch Unbekannte, die sich durch Hauptmanns oft so sozial betontes Werk persönlich berührt fühlen.

Die Berliner Theater ehrten den Dichter durch Aufführungen seiner Werke: man sah "Die Ratten", Gabriel Schillings "Flucht", "Michael Kramer" und den "Biberpelz". Besonders die "Ratten"-Aufführung in der "Volksbühne" - unter den Mitwirkenden Eugen Klöpfer und Käte Dorsch, unter den Anwesenden Gerhart Hauptmann selbst - gestaltete sich zu einem eindrucksvollen Erlebnis. Alfred Kerr sprach einleitende Worte der Huldigung und des Dankes.

Im sogenannten Haus der "Juryfreien" wurde die bereits in Breslau zusammengestellte und auch dort gezeigte Gerhart Hauptmann-Ausstellung eröffnet. Mit einem umfassenden Bild des Dichters gibt sie ein Gemälde Deutschlands, dem seine Liebe gehört und das sein Werk zu zeichnen versucht.

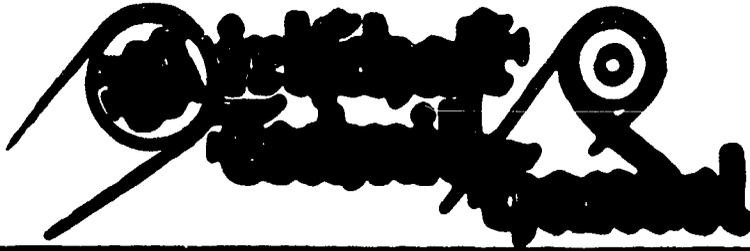
+ + +
Bullerjahn-Prozess. Im Leipziger Bullerjahn-Prozess hat am Dienstag der Wittenauer Betriebsingenieur Georg Gross den Angeklagten Walter Bullerjahn belastet. Der Zeuge teilte mit, dass Bullerjahn für die von ihm verwalteten Spezialmaschinen zur Herstellung von Waffen ein weit grösseres Interesse gezeigt habe, als es im Rahmen seines geschäftlichen Aufgabenkreises normal gewesen wäre. "Der Angeklagte war sogar hochgeklettert, um zu sehen, was auf einem Regal war. Da bin ich eingeschritten und habe gesagt: Herr Bullerjahn, jetzt ist Schluss. Das sind Sachen aus früheren Zeiten, die Sie nichts angehen". Vors.: "Was hat Bullerjahn da gesagt?" - Zeuge: "Das interessiert mich nicht, was ich sehen soll. Ich will gerade das andere sehen." Vors.: "Weshalb wollte er nach Ihrer Ansicht wohl das frühere Material sehen?" Zeuge: "Ich nahm damals an, aus Neugierde."

In der Nachmittagssitzung wurde Direktor Schweitzer, der frühere Direktor des Kugellagers Wittenau über die Drohungen vernommen, die Bullerjahn vor der verhängnisvollen interalliierten Durchsuchung gegen die Werksleitung ausgestossen hat. In Übereinstimmung mit anderen früheren Zeugenaussagen bekundete Direktor Schweitzer, dass Bullerjahns antidirektorische Äusserungen offenbar nicht auf geheime Waffenlager, sondern auf andere, unpolitische Inkorrektheiten (Schrottschiebungen usw.) zielten.

+ + +
Die Zementschmierer. Die Berliner Sondergerichtsverhandlung gegen die beiden SA-Leute Brandt und Lehnhardt, die zurzeit der BVG-Tumulte Strassenbahnweichen mit Zement ausgeschmiert haben, wurde zur Entscheidung an das ordentliche Gericht verwiesen. Es schwebt gegen die Angeklagten noch ein Ermittlungsverfahren wegen einer Schiesserei, die sich unmittelbar vor ihrer Festnahme abspielte. Die beiden Verfahren sollen nunmehr miteinander verbunden werden.

+ + +
Mordanklage! Die Staatsanwaltschaft II Berlin hat gegen den Berufslosen Friedrich Stark, der am 6. September die Sprachlehrerin Bruscato in ihrer Wohnung erwürgt und beraubt hat, Anklage wegen Raubmords erhoben.

+ + +
Sensationeller Freispruch. Vor dem Schwurgericht Prenzlau wurden drei bisher unbestrafte junge Männer von der Anklage der Ermordung des polnischen Stanowski aus Zollchow (Krs. Prenzlau) freigesprochen. Die Beweisaufnahme und die Zeugenaussagen eines Berliner und eines Stettiner Kriminalkommissars ergaben, dass das Verbrechen von zwei polnischen Schnittern verübt worden ist, die mittlerweile wegen eines Landjägersmords verhaftet worden sind. Die wirklichen Täter haben inzwischen auch ein Geständnis abgelegt.



Unsichere Märkte.

Aber Hoffnung auf Belebung.

SPD. Wer geglaubt hat, die Entwicklung auf den grossen Warenmärkten würde sich nach den Wahlen in der nordamerikanischen Union freundlicher gestalten, sieht sich getäuscht. Die Märkte charakterisieren sich durch grösste Unsicherheit. Aber nun darf diese Unsicherheit nicht mit jenem Pessimismus verwechselt werden, der in verflochtenen Jahren zu dem grossen Erdrutsch der Rohstoffpreise führte. Auf den grossen Märkten tippt man nach wie vor auf eine Erholung im kommenden Kalenderjahr.

Verhältnismässig am besten behaupten sich die Märkte für Textilrohstoffe. Gerade bei Kunstseide zeigt sich das. Der Absatz, der sich auch im bisherigen Verlauf des Jahres gut gehalten hat, soll im Steigen begriffen sein. Jedenfalls trifft das für den deutschen Kunstseidenabsatz zu. Hinsichtlich der amerikanischen Baumwollernte sind die Verhältnisse soweit geklärt, dass die geringeren Ernteschätzungen wohl den tatsächlichen Ausfall der Ernte mehr treffen als die höheren Schätzungen. Auch ist die Beschäftigung in den grossen Textilbezirken der Welt nicht schlecht. Nebenbei gesagt ist diese Tatsache als gutes Konjunkturanzeichen zu werten, weil der Textilmarkt ja als besonders konjunkturrempfindlich bekannt ist. Bemerkenswert lebhaft ist der Markt für Wolle, obwohl der neue Fall des englischen Pfundes hier ziemliche Verwirrung angerichtet hat. Der englische Spinnerstreik, der ja nur rund eine Woche dauerte, hat grössere Auswirkungen nicht gehabt.

Nicht so gut sieht es auf den Kolonialwarenmärkten aus. Der Zuckermarkt hat sich nach dem grossen Zusammenbruch in den letzten Wochen wieder einigermaßen gefestigt. Anscheinend werden auch die Abmachungen, die die Zuckerproduzenten im Rahmen des internationalen Kartells getroffen haben, gehalten. Unsicher ist der Kaffeemarkt geblieben. Brasilien hat nach seiner Revolution die Kaffeevers Schiffungen wieder aufgenommen. Aber die neuen Zufuhren auf die Märkte konnten sich bis jetzt noch nicht auswirken. Gummi liegt eher gedrückt. Man verweist dabei darauf, dass die Bestände in Nordamerika mit Recht nicht abnehmen wollen. Die Spekulation trägt allzu grosse Bedenken, sich am Gummimarkt zu betätigen.

Die Metallmärkte liegen durchaus ruhig. Die Preise zeigen wenig Veränderung. Für den Zinkmarkt finden neue Kartellverhandlungen statt. Dabei scheint man im allgemeinen auf dem Standpunkt zu stehen, dass sich die gegenwärtige Erzeugung dem gegenwärtigen Verbrauch und den gegenwärtigen Preisen angepasst habe und dass der Markt endlich in Ordnung gekommen sei. Ähnliche Auffassungen bestehen auch für Blei und Zinn. Dagegen herrscht am Kupfermarkt grösste Nervosität, ohne dass man Klarheit erhalten kann, was eigentlich vorgeht. Die Amerikaner wollen das alte Kartell, dessen Preispolitik in den Jahren von 1928 bis 1931 so unheilvoll gewirkt hat, wieder aufrichten. Soweit England in Frage kommt, ist die Kupferwirtschaft unter Einfluss der kommenden englischen Einfuhrzölle geraten, die allerdings zunächst nur für Elektrokupfer erhoben werden sollen, während man Rohkupfer solange mit dem Zoll verschonen will, bis Kanada und Afrika ihre Förderung genügend ent-

wickelt haben. Diese Pläne bedeuten für die Zukunft eine weitere Steigerung der Weltproduktion. Für den Kupfermarkt muss sich also das Krisenübel der Ueberproduktion noch verschärfen. Trotzdem konnten die Kupferpreise in letzter Zeit anziehen, weil die grossen Gruppen sich entschlossen haben, nur geringere Posten auf den Markt zu werfen.

Die Getreidemärkte verharren weiter in Schwankungen und Zuckungen. Geringe Erhöhungen werden bald von neuen Baissen abgelöst.

So stimmt die Lage der grossen Märkte nicht mit den Hoffnungen überein, die man an die Wahl eines neuen nordamerikanischen Präsidenten geknüpft hat. Und doch sind die Gründe, die gegenwärtig die Warenmärkte bestimmen, irgendwie mit der nordamerikanischen Präsidentenwahl, gegen die die Wahl in Deutschland vom 6. November weltwirtschaftlich gar nichts zu besagen hat, in Zusammenhang zu bringen. Man ist allgemein der Auffassung, dass eine Wiederwahl Hoovers auf jeden Fall nach einer wichtigen Richtung keinen Einfluss gehabt hätte: wären die alten Verwaltungen und die alte Regierung - in Nordamerika wird nicht nur der Präsident gewählt, sondern man wählt zugleich eine grosse Anzahl von Beamten und überdies einen entscheidenden Teil des Kongresses - am Ruder geblieben, so hätten sich die bisherigen Richtlinien für die Volkswirtschaft der nordamerikanischen Union, des wichtigsten Teils im modernen Kapitalismus, in der bisherigen Richtung weiter entwickelt. Nun ist mit der Wahl Roosevelts ein gewisser politischer Erdrutsch eingetreten. Wie der sich auswirken wird, lässt sich jetzt, einige Tage nach der Wahl, selbstverständlich noch nicht übersehen. Aber dieser Erdrutsch muss für eine gewisse Zeit neue Unsicherheit schaffen. Die neue Regierung in Nordamerika tritt ihr Amt erst Anfang März 1933 an. Nun ist, nach alter Übung anzunehmen, dass die alte Verwaltung die Wünsche des neuen Präsidenten und der Demokraten berücksichtigen wird. Aber dabei sind Reibungen unvermeidlich. Darüber hinaus sind neue Gesetze oder Gesetzesänderungen notwendig - man denke nur an das Alkoholverbot -, während der neue Kongress in keinem Falle vor März 1933 zusammentreten kann. Nach der amerikanischen Tradition würde er erst im Dezember 1933 zusammenkommen. Das ist die Unsicherheit, die nicht nur die Wertpapierbörse, sondern auch die Warenmärkte beeinflusst. Sie bedeutet eine Hemmung im Zuge der Wiederbelebung, mit der man allem Anschein nach endlich auf den Märkten für Massengüter rechnen darf.

SPD. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat sich, nach reichlich langem Zögern entschlossen, die ersten Bausparkassen zum Geschäftsbetrieb zuzulassen.

In Frage kommen Bausparlloyd Zwecksparkasse Aktiengesellschaft Berlin, Beamtenbausparkasse, Heimstättengesellschaft der Deutschen Beamtenschaft m.b.H. Berlin, "Hanseatische Bausparkasse" e.G.m.b.H. Hamburg, Deutsche Bausparer Aktiengesellschaft, Köln, Bausparkasse "Das Heim", e.G.m.b.H. Krefeld, Bausparkasse Deutsche Baugemeinschaft A.G. Leipzig, Münchener Bauspar-Aktiengesellschaft, München, Creditgenossenschaft des Christlichen Notbundes zur gegenseitigen Hilfe, e.G.m.b.H., Stuttgart und Kosmos-Bausparkasse der Deutschen Handelsbank Akt.-Ges., Stuttgart. In der nächsten Zeit wird eine grössere Anzahl weiterer Zulassungsverfahren durchgeführt werden. Zum Geschäftsbetrieb sind weiter berechtigt Bausparkasse "Deutschland", Bauspar-Aktiengesellschaft für Stadt und Land, Berlin-Lankwitz, Deutsche Bau- und Siedlungsgemeinschaft e.G.m.b.H. Darmstadt, Deutscher Sparerbund für Eigenheime e.G.m.b.H. Düsseldorf, für die allerdings noch ein Zahlungsverbot besteht, Deutsche Eigenheimgesellschaft e.Siedlungsgenossenschaft m.b.H. Frankfurt/Main, Bausparkasse e.G.m.b.H. Hamburg, Neue deutsche Kreditanstalt e.G.m.b.H. Hannover, Gemeinnützige Deutsche Hypotheken-Entschuldungsbank e.G.m.b.H. Koblenz, Deutsche Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft e.G.m.b.H.

Köln, Bausparkasse "Gemeinschaft der Freunde Wustenrot" Gemeinnützige G.m.b.H. Ludwigsburg, Bau- und Siedlungsverein, Oberursel e.G.m.b.H. Oberursel, Süddeutsche Eigenheimgesellschaft e.G.m.b.H., Offenburg, "Ewo" Gemeinnützige Bauspar- und Kreditgenossenschaft=Eigenheim & Wohlstand e.G.m.b.H. Stuttgart und Landwirtschaftliche Genossenschafts-Zentralkasse e.G.m.b.H. Stuttgart. Die Zulassung dieser Kassen erfolgt nicht durch besonderen Verwaltungsakt des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung. Sie besitzen nach dem Gesetz vom 26. Juni 1925 das sogenannte Depot- und Depositenrecht und sind nach § 133 Abs. 1 des Versicherungsaufsichtsgesetzes zum Geschäftsbetrieb berechtigt. Den Zulassungen selbst liegen die neuen Reichsrichtlinien zu Grunde. Die Kassen sind geprüft und betriebswirtschaftlich in Ordnung befunden worden. Aus der zeitlichen Reihenfolge der einzelnen Zulassungen kann also nicht auf die Vertrauenswürdigkeit der Kassen geschlossen werden. Immerhin ist damit zu rechnen, dass auch die zugelassenen Kassen, der ganzen wirtschaftlichen Lage entsprechend, noch einen Aussiebeprozess zu bestehen haben.

SPD. Der deutsche Aussenhandel ergibt für den Monat Oktober einen Ausfuhrüberschuss von 84 Millionen Mark. Der Ausfuhrüberschuss hat sich also gegenüber dem Vormonat nicht verändert. Für die ersten zehn Monate des laufenden Jahres wird ein Ausfuhrüberschuss von rund 930 Millionen Mark festgestellt.

Die Einfuhr hat sich gegenüber dem Monat September um 38 Millionen Mark auf 398,2 Millionen Mark gesteigert. Die Lebensmitteleinfuhr stieg von 106,7 auf 128 Millionen. Bei der Rohstoffeinfuhr liegt eine Erhöhung von 194,4 auf 206,9 Millionen vor. Gesteigert hat sich die Einfuhr von Obst und Südfrüchten um je 6 Millionen Mark und die Einfuhr von Schmalz um 4 Millionen Mark. Ohne Zweifel liegt hier eine gewisse Panikeinfuhr vor, die sich aus dem ganzen Kontingentierungsrummel während der letzten Wochen erklärt. Die Importeure wollten noch möglichst viel Ware hereinnehmen, ehe die Kontingente die Einfuhr abdrosselten. Bei den Rohstoffen hat sich die Einfuhr von Baumwolle um 17 Millionen und die Kupfereinfuhr um 2 Millionen Mark gesteigert. Die Roh-tabakeinfuhr ging um 2 Millionen Mark zurück.

Die Ausfuhr hat sich ebenfalls um rund 38 Millionen Mark auf 481,7 Millionen Mark gesteigert, Bei den Fertigwaren liegt eine Ausfuhrsteigerung von 340,3 Millionen Mark im September auf 371,7 Millionen Mark im Oktober vor. Man muss dabei jedoch berücksichtigen, dass die Ausfuhr von Fertigwaren im Monatsdurchschnitt 1931 noch rund 615 Millionen Mark und im Oktober 1931 rund 691 Millionen Mark betrug. Die Erholung im Monat Oktober will gegenüber dem Stand der Ausfuhr im Vorjahr nichts besagen. An der Mehrausfuhr sind beteiligt Farben und chemische und pharmazeutische Erzeugnisse mit 9, Eisenwaren mit 7, elektrotechnische Produkte mit 4, Kinderspielzeug und Papierwaren mit je 2, Baumwolle und Kupferwaren mit je 1 Million Mark. Zurückgegangen ist die Ausfuhr von Kleidung und Wäsche.

Wenn man die im Monat Oktober mit je 38 Millionen Mark gesteigerte Ausfuhr und Einfuhr betrachtet, so ergibt sich, dass die Einfuhr dem Wert nach um 10,5 % zugenommen hat, die Ausfuhr jedoch nur um 8,5 %. Wenn man die Mengen berücksichtigt, ergibt sich eine Steigerung der Ausfuhr um etwa 7 %, dagegen eine Steigerung der Einfuhr um 11 %. Die Schere in unserer Handelsbilanz, steigende Einfuhr gegenüber sinkenden Ausfuhr, zeigt sich also auch deutlich im Monat Oktober.

SPD. Am Dienstag fand in Berlin die Generalversammlung der Hauptgemeinschaf des Einzelhandels statt, die mit einer Sprengung dieser Spitzenorganisation endete. Zunächst hat der Warenhausverband seinen Austritt aus der Hauptgemeinschaft erklärt. Er wird in Zukunft als selbständige Spitzenorganisation auftreten. Wie stark die Rumpfgemeinschaft sein wird, lässt sich im Augenblick noch nicht abschätzen. Die Duldung und Förderung nationalsozialistischer Tendenzen durch die unentschiedene und schwankende Leitung der Hauptgemeinschaft hat zuguterletzt die Spitzenorganisation zerschlagen.

In der geschlossenen Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft wurde für den Antrag, die Verbände der Waren- und Kaufhäuser und der Lebensmittel-filialbetriebe auszuschliessen, 85 Stimmen abgegeben; dagegen stimmten 128 Vertreter. Mit 134 gegen 71 Stimmen wurde aber ein Antrag angenommen, die Steuerausschüsse der Hauptgemeinschaft zu beauftragen, auf der Grundlage einer Warenhaus- und Filialsteuer Anträge auszuarbeiten und der Mitgliederversammlung Anfang des kommenden Jahres vorzulegen. Darauf gab der Warenhausverband die Erklärung ab, keinen Wert mehr darauf zu legen, noch in der gegenwärtigen Spitzenorganisation des deutschen Einzelhandels vertreten zu sein.

Grundsätzlich muss zu der Art und Weise, wie im deutschen Einzelhandel gegen die Kaufhäuser und gegen die Konsumvereine gekämpft wird, doch ein ernstes Wort gesagt werden. Die Hauptgemeinschaft hat am Dienstag betont, dass die während der Krise wachsende Kostenbelastung unter keinen Umständen durch Personal- und Lohnabbau ausgeglichen werden könne, sondern dass die Kostenbelastung mit dem sinkenden Umsatz wachsen müsse. Der Standpunkt, den eine grosse Mehrheit in der Hauptgemeinschaft in steuerlichen Dingen einnimmt, entspricht dieser Erkenntnis absolut nicht. Wenn man Filialbetriebe, Kaufhäuser und Konsumvereine mit einer Sondersteuer belegt - die Heissporne fordern eine Sonderbesteuerung bis 15 % - dann trifft man selbstverständlich nicht nur den "Juden" und die "marxistischen Konsumvereine", sondern selbstverständlich auch die Bevölkerung. Wer Mittelstandspolitik in der Weise machen will, dass er gegen den Konkurrenten steuerliche Ausnahmegesetze schafft, wird erleben, dass er selbst dabei früher oder später unter die Räder kommt. Der deutsche Einzelhandel muss ein Ziel haben, die Kaufkraft der Bevölkerung zu steigern. Dann kommt auch der Einzelhandel auf einen grünen Zweig. Die Vorgänge, die sich am Dienstag auf der Generalversammlung der Hauptgemeinschaft abspielten, zeigen, dass wenigstens die Vertreter des deutschen Einzelhandels auf dieser Generalversammlung noch weit von dieser Erkenntnis entfernt sind.

SPD. Auf der Tagung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels am Dienstag in Berlin wartete der Reichswirtschaftsminister Professor Dr. Warmbold mit einer äusserst optimistischen Rede über die Konjunktur-entwicklung auf. Es zeigten sich, so betonte Warmbold, zahlreiche Anzeichen, die auf einen Aufschwung in der Wirtschaft und auf Besserung im kommenden Frühjahr schliessen lassen. Der Reichswirtschaftsminister berief sich dabei vor allem auf die bessere Lage an den Rohstoffmärkten, dann auf das Bestreben, die Lagervorräte zu ergänzen, nachdem auf vielen Gebieten der Verbrauch der Erzeugung angepasst ist, schliesslich auf die Verflüssigung der Geldmärkte in der Welt und auf das Steigen der Rentenurse, worin zum Ausdruck kommt, dass die Verflüssigung der Geldmärkte günstig die Kapitalmärkte beeinflusst. Der Minister hofft, dass die angedeuteten Besserungen in der Weltwirtschaft sich auch in Deutschland bemerkbar machen werden, trotzdem Deutschland durch seine Devisenbewirtschaftung von der Welt abge-

schlossen sei und aus zwingenden Gründen an der Devisenbewirtschaftung festhalten müsse. Warmbold ist der Meinung, dass die deutsche Bevölkerung von der Geldhortung abgelassen habe, dass sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes steigern und dass das Vertrauen zur deutschen Währung zunehme. Im grossen und ganzen machte Warmbold keinen Hehl aus seiner Auffassung, dass sich der Papenplan auf den Besserungen in der Weltwirtschaft aufbaue. Auch sei der Zeitpunkt, den Papenplan in Kraft zu setzen, richtig gewählt worden. Ueber die Bedenken, dass diese Auffassung z.B. der Lage auf den Rohstoffmärkten glatt entgegenstehe und dass sich die Regierung im Tempo der weltwirtschaftlichen Besserung geirrt habe, setzte sich der Minister mit dem Hinweis hinweg, dass die weltwirtschaftlichen Rückschläge nur klein und sicherlich nur vorübergehend seien.

Im übrigen verteilte der Reichswirtschaftsminister, wie das so bei der Regierung von Papen Mode geworden ist, Geschenke. Er kündigte eine Novelle zur Gewerbeordnung an, die das Hausiergewerbe und den Wanderhandel zu Gunsten des Einzelhandels abdrängen werde. Ausserdem soll die Novelle in bestimmten Fällen die Entziehung der Handelserlaubnis vorsehen. Damit wird die Regierung Papen, alles natürlich in Zeiten der sogenannten freien Wirtschaft, einen weiteren Schritt zur nackten Interessentenwirtschaft tun. Auf die wirklichen Sorgen des Einzelhandels ging der Minister nicht ein. Man hörte kein Wort gegen das Uebel der Kartelle, gegen die Privilegierung der grossen und der Schwerindustrie und die gerade in den letzten Wochen wieder auftauchende Kartellverteuerung, z.B. beim Benzin. Das sind doch Dinge, die den Einzelhandel interessieren, die aber beim Reichswirtschaftsminister ein Kräutlein "Rührmichnichtan" sind.

Berliner Viehmarkt.

(15. November)

SPD. Am Schweinemarkt war es nicht möglich, die letzten Preise durchzudrücken, obwohl der Handel flott einsetzte. Die Preise gaben bei abflauendem Geschäft in allen Klassen nach. Bei langsamem Geschäft zogen am Hammelmarkt nur die Preise für prima Tiere an. Am Kälbermarkt hielten sich etwa die letzten Preise. Der Auftrieb auf dem Rindermarkt war reichlich ausgefallen, was in der Preisentwicklung deutlich zum Ausdruck kam.

Notierungen: Schweine: a) über 300 Pfund = (-), b) 240 - 300 Pfd. 42 - 44 (44 - 45), c) 200 - 240 Pfd. 40 - 43 (42 - 44), d) 160 - 200 Pfd. 37 - 39 (40 - 41), e) 120 - 160 Pfd. 34 - 36 (- - 37), Sauen 35 - 38 (37 - 39). Kühe: a) - (25 - 27), b) 20 - 22 (21 - 24), c) 16 - 18 (18 - 20), d) 11 - 15 (12 - 16). Kälber: a) - (-), b) 42 - 50 (42 - 50), c) 32 - 45 (33 - 45), d) 16 - 25 (17 - 25). Schafe: a) - (25 - 26), b) 27 - 30 (28 - 31), c) 23 - 26 (25 - 27), d) 14 - 21 (14 - 24).

Stützungsstellen allein Käufer.

(Berliner Getreidebörse vom 15. November).

SPD. Der Markt lag am Dienstag äusserst ruhig. Am Lieferungsmarkt waren die Stützungsstellen so gut wie allein Käufer. Das Material, das hier angeboten wurde, nahm die deutsche Getreidehandels-gesellschaft restlos auf. Am Promptmarkt wurden beide Brotgetreidearten zu unveränderten Preisen umgesetzt. Hafer verlor 1 Mark. Gerste war stärker angeboten. Im Roggen offerierte man Kahnware um 3 Mark billiger.

	14.11.	15.11.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	199 - 201	199 - 201
Roggen	157 - 159	157 - 159
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industriergerste	161 - 168	161 - 168
Hafer	133 - 137	132 - 136
Weizenmehl	24,50 - 27,50	24,40 - 27,40
Roggenmehl	20,40 - 22,50	20,25 - 22,50
Weizenkleie	9,30 - 9,65	9,35 - 9,70
Roggenkleie	8,50 - 8,80	8,55 - 8,85

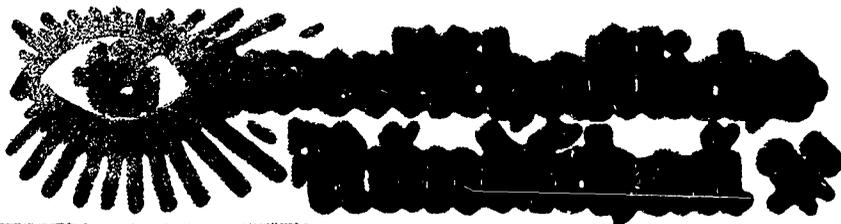
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 209 $\frac{1}{2}$ (Vortag 209 $\frac{1}{2}$), März 211 $\frac{1}{2}$ - 210 $\frac{1}{2}$ (211 $\frac{1}{2}$), Mai 215 $\frac{1}{2}$ - 215 (215 $\frac{1}{2}$), Roggen Dezember 167 - 166 $\frac{3}{4}$ (167), März 170 $\frac{3}{4}$ - 170 $\frac{1}{2}$ (170 $\frac{3}{4}$), Mai 174 $\frac{3}{4}$ (174 $\frac{3}{4}$). Hafer Mai - (142 $\frac{1}{2}$). Tendenz: ruhig.

Rauhfutternotierungen.

(15. Nov.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) Rll	0,65 - 0,80
" " Weizenstroh Rll	0,45 - 0,60
" " Haferstroh Rll	0,45 - 0,60
" " Gerstenstroh Rll	0,45 - 0,60
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt Rll	0,75 - 1,00
Bindfadengepresstes Roggenstroh Rll	0,60 - 0,80
" " Weizenstroh Rll	0,45 - 0,60
Häcksel Tendenz behauptet Rll	1,30 - 1,45
Handelsübliches Heu, gesund und trocken 1. Schnitt Rll	1,80 - 2,10
Luzerne, lose Rll	2,15 - 2,45
Thymothee, lose Rll	2,20 - 2,50
Kleeheu, lose Rll	2,00 - 2,30
Mielitz=Heu, lose, rein Rll	-
Drahtgepresstes Heu Rll	0,40 über Notiz.

Tendenz: ruhig.



Zuversicht in Spanien.

Eine Unterredung mit Fabra-Ribas.

SPD.Spanien ist besser als sein Ruf. Die Republik hat sich gefestigt, und damit bekommt die spanische Arbeiterbewegung immer mehr festen Boden unter die Füße, von dem aus sie den Kampf um die soziale Um- und Neugestaltung der Wirtschaft und des Lebens führen kann. Die offenen und heimlichen Feinde dieser Entwicklung haben natürlich das grösste Interesse daran, Spanien nach wie vor als einen Herd ewiger Unruhen erscheinen zu lassen. Unser Madrider Vertreter hat daher den Staatssekretär des Arbeitsministeriums, Fabra Ribas, die treibende Kraft der spanischen Sozialpolitik, gebeten, einmal die jüngsten Streikbewegungen im Zusammenhang mit der Lage des Anarchosyndikalismus zu beleuchten, dessen Streiks in Badajoz und Granada in Gewalttätigkeiten ausarteten, ja sogar zu einem Sturm auf die Badajozener Arbeitsbörse führten, der von Gendarmerie zurückgeschlagen wurde.

In Spanien - erklärte Fabra-Ribas dem Korrespondenzen des Sozialdemokratischen Pressedienstes sind in der jüngsten Zeit bestimmt nicht mehr und nicht schlimmere Streiks geführt worden als in anderen Ländern. Ueberall gärt es heute unter der Arbeiterschaft, was angesichts der bitteren Not der Arbeitslosen und der Lohnkürzungen auch nur allzu verständlich ist. In Spanien gibt es aber noch verhältnismässig weniger Streikwirren als sonst, schon aus dem einfachen Grunde, weil Spanien bisher von der Krise mehr verschont blieb als andere Länder. Im übrigen wenden wir alle Mittel an, um die Krise bei uns nicht gefährliche Formen annehmen zu lassen, und die Lebensmittel- und Wohnungspreise sind in Spanien so niedrig, dass auch von dieser Seite her ein gewisser Schutz gegen die Krise besteht.

Wenn trotzdem immer wieder phantastische Gerüchte über innere Kämpfe im Ausland zirkulieren, so hat das seinen Hauptgrund darin, dass bis zur Stunde der Zeitungskorrespondentendienst sich vielfach in Händen von Leuten befindet, die der Republik Spanien nicht wohlwollen. Im Inland ist es die Agenzia Fabra und im Ausland die Havas-Agentur, die den grössten Teil der Presse informieren. Fabra befindet sich in kapitalistischen Händen und Havas war bis vor kurzem aus bekannten Gründen nicht gut auf uns zu sprechen. Kein Wunder, wenn jede auch noch so unbedeutende lokale Bewegung zu einem unheimlichen Streik aufgemacht wurde.

Wir hatten in Spanien seit dem Bestehen der Republik wohl einige Tausend Streikbewegungen, die aber fast alle lokal begrenzt und verhältnismässig unbedeutend waren. Grössere Bedeutung hatten nur die Lohnbewegungen in Bilbao und Barcelona. Die Bewegung in Bilbao wurde dank unserer Institution der gemischten Schiedsgerichte recht günstig ausgetragen. Den Kampf in Barcelona wollten die Anarchosyndikalisten für ihre Zwecke ausnutzen. Das hat die Bewegung kompliziert und war für die Arbeiter nicht zuträglich. Immerhin gab es auch hier einen Erfolg, wie überhaupt im ganzen Lande die gemischten Schiedsgerichte sich vorzüglich bewähren.

Die anarchosyndikalistische Bewegung ist heute in Spanien viel weniger

bedeutend, als vielleicht noch an manchen Stellen im Ausland angenommen wird. Einst - das will ich nicht leugnen - waren die Jünger Bakunins mit ihrer Theorie der unmittelbaren Aktion der Schrecken des Landes. Dreiviertel Jahrhundert konnten sie, weil das Volk zurückgeblieben war, und unter dem Druck der absolutistisch-klerikalischen Monarchie eine führende Rolle im Proletariat spielen. Ihr Übergewicht verstärkte sich während des Weltkrieges, als Barcelona zum Sammelpunkt der Spione der ganzen Welt wurde. Die Agenten mischten sich, um sich besser zu maskieren, unter die Arbeiter, vor allem die der anarchosyndikalistischen Bewegung, um so ihre Spur besser zu verwischen. Als der Krieg zu Ende war, und die Sowjets Geld gaben, um den Anarchosyndikalismus an sich zu fesseln, wurde das Anarchist-Sein vielfach zum gutbezahlten Beruf vieler Agenten, die plötzlich ohne Existenz waren. Die Aktion für die unmittelbare Aktion wurde verstärkt; denn schliesslich musste für das erhaltene Geld doch auch etwas geleistet werden. Es entwickelte sich ein Zustand, der nicht mehr in das Gebiet der Soziologie, sondern in das der sozialen Pathologie gehört - eine Art Massenkrankheit, die - von Parasiten genährt - zum Banditentum führte.

Da kam die Republik. Das anarchistische Element versuchte natürlich die ersten wirren Zeiten für sich auszunutzen, und wo nur irgend möglich, entfachte es Kämpfe und Unruhen, und die proletarischen Massen, die zum Teil nicht sofort den Charakter des vollzogenen Wechsels verstanden, liessen sich mitreissen. Dann aber setzte die freiorganisierte Arbeiterbewegung ein: Arbeiterschutzgesetze, politische Freiheit, demokratische Umorganisation des Staatsapparates, Arbeiterbildungsinstitutionen, die gemischten Schiedsgerichte, die Agrarreform, die vielen öffentlichen Arbeiten zur Hebung der Wirtschaft und zur Behebung oder Linderung der Arbeitsnot - all das führte zum Verfall der ungesunden anarchosyndikalistischen Bewegung, einer Bewegung, die nur unter abnormen Umständen gedeihen kann.

Die Demokratie ist der gefährlichste Feind der Verschwörer. Heute muss Pestana, der Führer der Anarchoyndikalisten, selbst zugeben, dass sein Hear seit einigen Monaten um etwa zwei Drittel abgenommen hat. Die Agrarreform wird in Kürze diesen Rückgang verstärken; denn sie wird der Not unter den Landarbeitern ein Ende setzen. Die Liquidierung des Anarchismus in Spanien ist somit auf dem besten und sichersten Weg. Dank dem Gesetz über die ausländischen Arbeiter, das im übrigen keinen fremden-feindlichen Charakter trägt, sondern lediglich eine Reglementierung bezweckt, wird man den vielen fremden Agitatoren energischer auf den Leib rücken können und auch manchem an den einheimischen Arbeitern seitens ausländischer Unternehmungen ange-tanen Unrecht ein Ende setzen.

"Und die Kommunisten?" Auf diese Frage des SPD-Vertreters antwortete Fabra-Ribas: "Aber Freund, sehen Sie denn nicht selbst, wie wenig die Kommunisten in Spanien bedeuten?"

M.T.

SPD. Den Wandel der politischen Verhältnisse in Preussen bekommen jetzt auch die preussischen Staatsforstarbeiter schmerzlich zu spüren. Die Staatsforstverwaltung hat die zur Zeit geltenden Löhne zu Ende Dezember gekündigt; sie will die Löhne abbauen. Man spricht von 12 Pfennig pro Stunde als Mindestforderung. Dabei marschieren schon jetzt Preussen mit seinen Forstarbeiterlöhnen weit hinten. Die Spitzenlöhne betragen gegenwärtig 55 Pfennig pro Stunde in der ersten Zone und 52 Pfennig in der vierten gegenüber 59 und 51 Pfennig in Baden, 59 und 52 Pfennig in Braunschweig, 58 und 50 Pfennig in Hessen, 56 Pfennig in Lippe, 57 und 55 Pfennig in Anhalt.

Die preussischen Staatsforstarbeiter haben seit langem auch unter Ar-

beitslosigkeit zu leiden. Der grösste Teil von ihnen ist seit Jahren ohne Beschäftigung, und die übrigen haben Mühe, wenigstens noch bei den Hauungsarbeiten beschäftigt zu werden. Alle anderen Arbeiten, die für Forstarbeiter in Frage kommen könnten, werden entweder nicht mehr ausgeführt oder durch den Freiwilligen Arbeitsdienst oder durch Notstandsarbeiten erledigt. Das Durchschnittsjahreseinkommen eines preussischen Staatsforstarbeiters dürfte heute nur noch wenige hundert Mark ausmachen, also beträchtlich unter dem Existenzminimum liegen.

Die schärfsten Gegner des gegenwärtig noch geltenden Forstarbeiterlohns sind die landwirtschaftlichen Unternehmer. Sie fordern eine Angleichung dieses Lohns an den Landarbeiterlohn, und da zur Zeit die Grossagrarien in Preussen tonangebend sind, ist wohl anzunehmen, dass hinter dem Vorgehen der preussischen Staatsforstverwaltung mehr steht als lediglich die Sorge um den Etat.

Der Deutsche wie der Christliche Landarbeiterverband haben der preussischen Staatsforstverwaltung klaren Wein eingeschenkt. Beide Verbände haben erklärt, dass sie, wenn es zu dem geforderten Lohnabbau kommt, kein Interesse an dem Bestehen eines Tarifvertrages in den preussischen Staatsforsten haben.

SPD. Mit der freigewerkschaftlichen Kommunalbeamtenbewegung geht es aufwärts. Die Reichskonferenz der Reichsgewerkschaft deutscher Beamten und Angestellten, die dem Gesamtverband angeschlossen ist, war ein deutlicher und erfreulicher Beweis dafür. Die Tagung war von Kampfbeschlossenheit getragen und zeigte eine unverbrüchliche Verbundenheit zwischen der RDK-Mitgliedschaft und den übrigen Mitgliedern und Organen des Gesamtverbandes.

Die Konferenz nahm nach dem von Gallmeister erstatteten Geschäftsbericht und nach einem organisationspolitischen Vortrag Orlapps Stellung zu den letzten beamtenpolitischen Ereignissen. Allgemein wurden die günstigen Auswirkungen des organisatorischen Zusammenschlusses der RDK mit dem Gesamtverband hervorgehoben. Insbesondere wurde festgestellt, dass durch die Zusammenfassung der RDK mit dem Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner und dem Reichsbund der Beamten und Angestellten in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen zur neuen RDK im Gesamtverband eine wesentliche Vertiefung der gewerkschaftspolitischen Arbeit eingetreten ist. Der Gesamtverband ist, wie von den Vertretern des Vorstandes festgestellt wurde, trotz der Krise durchaus gefestigt, sowohl finanziell wie organisatorisch, und die RDK kann sogar in einer Zeit, in der die meisten Verbände Mitglieder verlieren, Mitgliederzuwachs verzeichnen.

Bei der Beleuchtung der Lage der Kommunalbeamten brachte der Vorstand scharf zum Ausdruck, dass der Kampf gegen die Not der Gemeinden nicht auf dem Rücken des Kommunalpersonals ausgetragen werden darf. Die neuen Besoldungsbeanstandungen und die geplanten Sondergehaltskürzungen wurden daher ebenso verurteilt wie die Einführung des Rollsystems in der Gehaltszahlung und andere Massnahmen, die sich für die Existenz des Beamten nachteilig auswirken. Die Konferenz bekannte sich einmütig zu der von der Verbandsleitung betriebenen Beamtenpolitik. Auch war sie sich einig in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Beamtenschaft. Diese schwerste aller kapitalistischen Krisen müsse der Masse der Beamtenschaft endlich die Erkenntnis aufzwingen, dass es nur eine Möglichkeit gibt, die Menschheit vor solch fürchterlichen Erschütterungen zu bewahren: entschlossenen Uebergang zur sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

SPD. In Paris wurde dieser Tage von den freien Gewerkschaften eine Gewerkschaftsschule eröffnet. Vorläufig sind 6 Unterrichtskurse für Fortgeschrittene vorgesehen, von denen 2 jetzt bereits beginnen. Der erste Kursus beschäftigt sich mit Nationalökonomie; er wird von Laurat geleitet, der zweite mit dem sozialen Recht, ihn führt der Abgeordnete Antonelli. In Kürze wird ein dritter Kursus über die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung eingerichtet. Die Vorlesungen finden, da die Schule einstweilen noch kein eigenes Gebäude hat, zunächst am Sitz des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (CGT) statt.

SPD. Vor dem Stuttgarter Arbeitsgericht holte sich dieser Tage die Reichsbahn eine Niederlage. Eine Massenklage von Eisenbahnern, die man aufs Pflaster geworfen hatte, wurde von den Vertretern des Einheitsverbandes der Eisenbahner durchgefochten. Die Arbeiter waren unter der Drohung sofortiger Entlassung gezwungen worden, Reverse zu unterschreiben, nach denen sie sich mit ihrer unständigen Beschäftigung einverstanden erklären sollten. Das Gericht bescheinigte der Reichsbahn, dass diese Reverse sittenwidrig und damit rechtsungültig seien. Im übrigen verurteilte das Gericht die Reichsbahn, die Arbeiter wieder einzustellen oder Entschädigungen bis zu 800 Mark zu zahlen.

Auch die Reichsbahn muss - so wird in der Urteilsbegründung betont, dem allgemeinen Bestreben nach Schaffung von Arbeitsplätzen sich anschließen und darum dem Verlangen der Gekündigten nach Einlegung von Feierschichten in den Dienstzweigen entsprechen, wo noch 54 bis 57 Stunden pro Woche gearbeitet wird.

SPD. Die Papenregierung will ein Attentat auf die Arbeitslosenversicherung ausführen. "Der Deutsche", das Organ der christlichen Gewerkschaften, meldet, es bestehe begründeter Anlass zu der Befürchtung, dass die Regierung Papen zu einem solchen Anschlag bereit sei. Diese Befürchtung liege um so näher, als man deutlich die Tendenz beobachten könne, durch Verkürzung der Leistungsdauer und Herabsetzung der Unterstützungen eine systematische Auslöschung der Arbeitslosenversicherung zu betreiben.

Der Regierung der Barone trauen wir ein solches Attentat auf den Schutz der Arbeitslosen ohne weiteres zu. Es läge durchaus in der Linie des neuen einseitig gegen die Arbeitnehmer gerichteten Kurses. Wenn die Reichsregierung unter allen Umständen den Bogen überspannen will, so mag sie es tun. Sie muss sich aber - so betont "Der Deutsche" und wir mit ihm - klar darüber sein, dass sie auf erbitterten Widerstand stößt.

SPD. Das Stuttgarter Kommunistenblatt hatte gegen die führenden Funktionäre des freigewerkschaftlichen Schuhmacherverbandes den infamen Vorwurf erhoben, sie hätten die Papensche Notverordnung nicht nur toleriert, sondern jeden Lohnabbau und Urlaubsraub aktiv unterstützt, ja sogar den Streikbruch organisiert.

Das Verleumderorgan wurde vom Gericht zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht stellte in der Begründung ausdrücklich fest, dass der beklagte verantwortliche Redakteur des Kommunistenblattes den Wahrheitsbeweis nicht erbracht hat.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 15. November 1932

Herbsttag.^x

SPD. Es war ein Herbsttag, der nicht wusste, was er wollte, bald braun und blank, bald düster drohend. Eh' man sich's versah, trommelten Regenwirbel an die Scheiben.

Jetzt ging's zum Abend, und es trieb mich noch hinaus. Auch wenn der Sturm heult, streife ich gern umher.

Ich fand mich plötzlich in der Vorstadt wieder, wo ich als Kind gespielt hatte. War das nicht der Krämer, bei dem einst der "artige" Junge Blockzucker und Lakritzen kaufte?

Wie fern liegt das! Und doch bin ich im besten Alter, wie man sagt.

Die Dämmerung sank. Gaslampen strahlten auf. Laut war's auch hier geworden mit der Zeit. Doch dort, die Seitenstrasse mit den hohen Bäumen - Kastanien sind es - träumte noch wie einst im Dämmerdunkel unter breiten Kronen.

Ein Junge fegt im Rinnstein Laub. So tat auch ich als Kind, zusammen mit meinem Bruder - gerade hier, am gleichen Fleck. Ein Karren steht dabei, zwei Kinderwagenräder mit selbstgebaute Kasten. Den Wagen kenne ich doch!

Ich muss mal schnacken mit dem Jungen.

"Na", sage ich, "fegst du Laub?"

Er sieht mich an mit grossen, ernsten Augen und sagt kein Wort - fegt weiter, nimmt den Sack und stopft das Laub hinein.

Für unnützes Reden ist er nicht, wie's scheint. Doch das gefällt mir. Und als ich ihm so zusehe, wird mir wundersam zu Sinn. Ich meine, ich müsste ihm helfen bei der Arbeit.

"Soll ich den Sack offenhalten?" frage ich. "Dann geht es besser".

Stumm reicht er mir den Sack. Und während ich ihn halte, stopft er das Laub hinein. Es geht wahrhaftig gut.

Behext ist dieser Tag. Die Zeit versinkt. Ich hole mit meinem Bruder Laub für die Kaninchen.

"Holl du den Sack up!" klingt's mir in den Ohren.

Wer sprach's? Der kleine Kerl war's sicher nicht. Wie sollte er auch! Er weiss ja nicht, dass er mein Bruder ist. Er schuftet, springt herum, rafft mit flinken Händen das nasse Laub zusammen und stopft es hastig ein. Nur manchmal sieht er scheu zu mir hinauf mit stummer Frage: "Magst du auch noch halten?"

Ich halt' nicht nur; ich stopf' schon selbst mir ein. Wir stossen fast mit den Köpfen aneinander; so sind wir in Betrieb.

"Wenn dieser voll ist", sagt er, "haben wir genug."

Wir! - - Er und ich! - - Ja, er ist doch mein Bruder!

Schweisstropfen perlen auf seiner Stirn. Ich werde selbst schon warm. Störte mich jetzt einer, ich spränge ihm an die Kehle.

"Wir" holen Laub.

"Ich hab' Kaninchen", erzählt er mir.

Das weiss ich doch; Kaninchen hatte ich auch.

"Die sollen es warm haben über Winter."

"Natürlich!" sag' ich und scharre mit Händen und Füssen zusammen, was ich kann.

Wir steigen in den Sack und treten fest. Das heisst, ich stehe nur da= bei und halte fest.

Dann liegt der Sack prall da.

Er lacht mich an wie einen lieben Bruder.

Wir laden auf. Er spannt sich vor. Wir karren los. Die Menschen gehen uns nichts an.

"Du, weisst du was," sag' ich, "jetzt hab' ich Hunger. Du auch? Wir kau= fen uns was."

Er sieht mich scheu=verlegen von der Seite an=

"Ich muss nach Haus", sagt er nur leise.

"Was wollen wir kaufen? - Blockzucker - Lakritzen - Franzbröte? - - Ich hol' mal was."

Und bei dem Krämer, wo einst der "artige" Junge kaufte, kehr' ich ein. Blockzucker und Lakritzen mag ich zwar nicht gern. Aber ich kaufe doch. Dazu Franzbröte bei Bickel.

Wir schmausen. Verschämt schluckt er es weg. Oh, hat er Hunger!

Dann stehen wir vor dem Tor. Er wohnt im Gange, wo Jungen mit Kaninchen wohnen.

Jetzt zieht er seine Mütze.

Ich gebe ihm die Hand. Er tippt nur eben dran; er wagt sie nicht zu neh= men. Seitdem ich ihm was geschenkt hab' tut er fremd. Er sieht mich auch nicht an. Nur einmal blitzt ein Seitenblick zu mir. Dann ist er weg.

Sein Wagen klappert durch das Tor.

Ein Liedchen pfeifend schlendere ich durch die altbekannten Strassen...
Wilhelm Plog (Hamburg)

Spinozas Spiegel.^x

SPD. Ein Edelmann in einem verbrämten Rocke liess sich von einem Fergen über die Gracht hinübersetzen. Er verliess den Kahn und schritt durch mehre= re enge Gassen. Vor einem engbrüstigen Hause mit vielen Verzierungen zwischen den hervorspringenden Querbalken und mit einem hohen spitzen Giebel blieb er stehen und spähte hinauf. Er hatte ein langes Gewand, wie es die Aerzte tru= gen, die in alter Zeit ihr Handwerk in den Städten der hohen Schulen trieben. Mynherr Vandersaelen hatte die Schriften des Descartes studiert und war ein Schüler des berühmten Eustachius in Amsterdam. Er trug eine kleine Tasche in der Hand, in der sein Mikroskop steckte. Die Linse war unklar und trübe ge= worden. Er wollte sie schleifen lassen.

Asthmatisch stieg der weisshaarige Medikus die winklige Treppe empor. In diesem Hause wohnte ein Optiker, der Gläser zu schleifen verstand. Ihn hat= te man ihm empfohlen.

Als Vandersaelen in das zweite Stockwerk kam, blieb er überrascht stehen. Er hörte einen lauten Disput. "Von allen Sinnen, die ich habe, lobe ich mir das Auge", sagte eine helle Stimme. "Denn das Auge ist rein von Leidenschaft und klar wie die Seele, deren Fenster es ist". Und eine dunkle, nachdenkliche Stimme antwortete der hellen: "Kein Sinn ist frei von Trübung. Auch das Auge ist der Leidenschaft unterworfen, Signor Farini. Das Auge des Geizhalses ist voller Gier, das Auge des Verliebten voller Zärtlichkeit, und selbst das Au= ge des Weisen glänzt von drängender Leidenschaft nach Erkenntnis und Wahr= heit."

Mynherr Vandersaelen trat ein. Er befand sich in einer Dachkammer, die nur durch ein schmales, niedriges Fenster Licht empfing. Vor dem Fenster stand ein Tisch, und vor diesem hockte eine zusammengeduckte Gestalt. Ein grosser

Kopf war über die Platte des Tisches gebeugt, auf der es von gläsernen Instrumenten schimmerte. Die Luft in dem Raume war trocken und heiss. Ein scharfer Stein knirschte. Er drehte sich. Die Hand des zusammengekauerten Mannes bewegte ihn.

"Da kommt jemand, Meister", sagte die helle Stimme, und erst jetzt bemerkte der Medikus einen feinen, wohlausstaffierten Herrn, der in einer Ecke des Zimmers unter einem mit Schriften vollgepackten Bücherbrett sass und die Beine übergeschlagen hatte.

"Mein Name ist Vandersaelen", stellte sich der Arzt vor. "Habe ich die Ehre, mit dem berühmten Linsenschleifer zu sprechen?"

Der feine Herr verbeugte sich: "Farini", sagte er, "Kaufmann aus Florenz, der in Holland zur Abwicklung eines geschäftlichen Unternehmens weilt - ich bin kein Linsenschleifer." Und er zeigte mit einer abweisenden Gebärde auf den vor dem Tische Hockenden.

"So seid Ihr Baruch de Spinoza?" wandte sich der weisshaarige Besucher an den mühsam Arbeitenden. Der richtete seine grossen, dunklen Kinderaugen auf den Fremden und schwieg. Seine Lider waren von dem feinen Glasstaub, den die Schleifsteine verursachten, gerötet.

"Ihr kennt mich nicht?" fuhr der Gelehrte fort. "Was tut es? Ihr seid mir empfohlen worden. Ich bringe Euch mein Mikroskop zur Durchsicht und bitte Euch, die Linsen schärfer auszuschleifen."

Spinoza blieb in seiner hockenden Stellung sitzen. Aber er legte das Lorgnon, das er für den Kaufmann in Arbeit hatte, fort und griff nach dem Kasten, den ihm der Gelehrte aus seiner kleinen Tasche reichte.

Der Kaufherr rief: "Ich war früher hier. Ich bitte Euch, mir erst mein Augenglas fertigzustellen."

Spinoza öffnete das Mikroskop und betrachtete die Linsen.

"Mein Augenglas!" forderte der Herr mit heller, lauter Stimme.

"Wozu braucht Ihr es?" fragte der Glasschleifer, ohne sich in der Betrachtung des Mikroskops stören zu lassen.

"Ich brauche es für meine Geschäfte - ich war zuerst hier - ich kann ohne das Glas die Ware nicht betrachten, die im Hafen für mein Handlungs-Comptoire angekommen ist."

"Wozu braucht Ihr das Glas?" fragte der Schleifer, der ein heimlicher Philosoph und Weiser war, den weisshaarigen Medikus.

"Ich brauche die Linsen für meine wissenschaftlichen Untersuchungen, um den Menschen beizustehen und sie von ihren Krankheiten zu heilen", erwiderte der Arzt, verwundert über diesen merkwürdigen Empfang.

"So werde ich Eure Gläser zuerst schleifen", sagte der zusammengesunkene Mann mit dunkler Stimme. "Denn Eure Augen sind freier von Eigennutz als die des Kaufmanns."

Und er drehte seine Schleifsteine und begann sogleich mit der Arbeit.

Da liess sich auf der Treppe ein hastiges Laufen vernehmen. Es pochte an die Tür der Kammer. Ein rotwangiges Gesicht mit verwehtem Rothaar streckte sich dreist herein. Und als der Kaufherr ärgerlich nach der Tür ging, um den neuen Besucher abzutun, der die Arbeit des Schleifers abermals zu stören drohte, da riss der Neuankömmling heftig die Tür auf und trat mit einem Sprunge herein.

"Was willst du?" fuhr ihn der Kaufmann an, denn er sah: das war kein Mensch, mit dem man viel Federlesens machte. Schmutzige Bundschuhe, zerrissene Strümpfe und verblichener Rock. Ein Bauer oder sonst ein ungeschliffener Gesell war das; das sah man.

"Ich bin ein Landstreicher und möchte diesen Spiegel geschliffen haben", sagte der Rothaarige und stiess den feinen Finanzmann beiseite. "Meinen Spiegel, Meister; er ist blind geworden. Ihr müsst ihn mir wieder blank machen, dass er das Sonnenlicht einfängt und widerstrahlt."

Spinoza unterbrach seine Arbeit. "Guten Tag, Ulenspiegel", sagte er und reichte dem Burschen die Hand. "Gib deinen Spiegel her; ich werde ihn zuerst vornehmen."

Die beiden Andern widersetzten sich.

"Ulenspiegel ist das?" rief der Kaufherr. "Dann ist es der Herr, der mit seinem Spiegel Zauberei und Allogria treibt."

"Ulenspiegel?" entrüstete sich auch der Medikus. "Dann ist es der Schelm, der auf Märkten und Plätzen das Volk zu Quacksalbereien und kindischem Aberglauben verleitet!"

"Mein Spiegel ist ein Wunderspiegel", erwiderte Ulenspiegel ernsthaft. "Jeder, der hineinschaut, erkennt sich selbst".

Er hielt dem Kaufmann den Spiegel vors Antlitz, und dieser erkannte seine Gesichtszüge und sah seine Augen, die voller Gier nach Gewinn und Reichtümern waren. Und der Gelehrte erblickte sein weisses Haar und seine zerfurchte Stirn, die über zwei trüben kurzsichtigen Augen sich wölbte.

Spinoza sprach: "Das Auge des Kindes ist reiner als das eurige. Es sieht die Liebe Gottes, die sich in den bunten Farben der Welt offenbart, und lachnutzlos die Dinge an, dass auch die Dinge es nutzlos anlachen. Denn das oberste Gesetz des Wahrheitsschauens ist, ohne Zweck und ohne Grübeln zu schauen. Darum werde ich den Wunderspiegel des Narren zuerst schleifen."

Ulenspiegel machte einen Luftsprung und setzte sich dem Glasschleifer auf den Arbeitstisch. Der reiche Kaufherr und der gelehrte Medikus mussten zusehen und warteten ungeduldig in der Giebelkammer. Ihre Meinung war, dass dieser berühmte Meister, der optische Gläser schliff, ein schlechter Geschäftsmann war, der es nie mit seinem Handwerk zu etwas bringen würde.

Aber sie täuschten sich. Aus dem Spiegel des Narren, den die kundigen Hände schliffen, leuchtet noch heute kindlich erstaunt und liebend lächelnd das Gesicht des Weisen.

Walter Meckauer.

X

Benedikt Spinoza.

(Zu seinem 300. Geburtstag am 24. November.)

SPD. Der Satiriker Georg Christoph Lichtenberg sagt einmal, Spinoza habe den grössten Gedanken gedacht, der noch in eines Menschen Kopf gekommen sei; Goethe schreibt im November 1816 an Zelter, Spinoza habe eine ebenso grosse Wirkung auf ihn gehabt wie Shakespeare, und Nietzsche notiert gelegentlich: "Meine Vorfahren: Heraklit, Empedokles, Spinoza, Goethe".

Dieser ausserordentliche Mann, aus einer jüdisch-portugiesischen Familie stammend, in Amsterdam geboren, wuchs bald über überlieferte Religionsformen hinaus und sagte sich förmlich vom Judentum los, trat aber nicht zum Christentum über. Juden und Christen, namentlich gewisse orthodoxe Eiferer, verfolgten ihn mit unauslöschlichem Hass und begeiferten ihn in der unflätigsten Weise.

Spinoza lebte in Armut und Zurückgezogenheit, zunächst in einem Orte bei Amsterdam, dann in Rhynsburg bei Leiden, später in Voorburg beim Haag und endlich im Haag selber. Seinen Lebensunterhalt verdiente er sich durch Anfertigung optischer Gläser, zuweilen auch durch Unterricht. Der Kurfürst Karl Ludwig von der Pfalz liess ihm im Jahre 1673 eine Professur der Philosophie in Heidelberg antragen, aber Spinoza nahm sie nicht an: seine Unabhängigkeit war ihm mehr wert als Geld und Ehre. Am 21. Februar 1677 starb er, erst 44 Jahre alt, an der Schwindsucht.

Was ist es denn nun, was den Denker Spinoza auszeichnet und ihm einen Ehrenplatz anweist im Pantheon der Geister? Es ist dasselbe, was Ludwig Feuerbach und Friedrich Nietzsche zu einzigartigen Erscheinungen macht: Klarheit,

unbeirrbarere Wahrhaftigkeit, unbedingte Aufrichtigkeit, Seelengrösse.

Inmitten religiöser Streitigkeiten und Zänkereien, von denen wir uns kaum noch eine Vorstellung machen können, umgeben von Gewalttaten und Geheissigkeiten, schreibt Spinoza seine ehernen Sätze, die zum Teil auch heute noch gültig sind. So heisst es im "Theologisch-politischen Traktat": "Wahrheit ist nicht die Sache der Theologie, sondern der Philosophie". - "Die Theologie", so lesen wir in den Briefen des Denkers, die wie alles, was Spinoza geschrieben hat, in lateinischer Sprache abgefasst sind, "stellt Gott als den vollkommenen Menschen vor, sie schreibt daher Gott Abscheu vor den Werken der Gottlosen, Freude und Wohlgefallen an den Werken der Frommen zu; aber in der Philosophie, wo nur klare Begriffe gelten, können solche Attribute (Eigenschaften), die Gott zu seinem vollkommenen Menschen machen, so wenig ihm geschrieben werden, wie die Eigenschaften, die einen vollkommenen Elefanten machen, dem Menschen beigelegt werden können". Mit andern Worten: Spinoza macht mit dem Gottesbegriff Ernst. "Ich habe aus der Bibel keine ewigen Attribute Gottes gelernt, noch lernen können". Das ist begreiflich; denn in der Bibel erscheint Gott entweder als Richter und Rächer oder als Vater, jedenfalls immer als Spiegelbild des Menschen. Ein unsinnlicher Gott kann aber nur unsinnliche Eigenschaften haben. Nun gibt es nur zwei unsinnliche Eigenschaften: Ausdehnung und Denken. Wenn man von den Gegenständen, die wir mit den Sinnen wahrnehmen, alles Dingliche (Geschmack, Härte, Farbe) weglassen, so bleibt immer noch die Ausdehnung. So argumentierte etwa Descartes, der Vorgänger Spinozas. Ebenso wurde das Denken (oder Vorstellen) als etwas durchaus Unsinnliches aufgefasst.

Spinoza offenbart sich Gott, den er auch die Substanz oder die Natur nennt, also nur in den beiden Eigenschaften Ausdehnung und Denken, d.h. in Eigenschaften, die nichts Sinnliches an sich haben. Andre Offenbarungen kennt er nicht. Den Begriff der Substanz (des Ewigen, Unbedingten) entnahm er dem Aristoteles und der Scholastik. Descartes hatte ausser Gott, der absoluten Substanz, noch zwei andere Substanzen angenommen, die ausgedehnte und die denkende. Spinoza nahm diese beiden Sphären gleichsam in Gott hinein; denn Gottes sein ist nach ihm alles Sein (d.h. alles unsinnliche Sein), und alles Sein sein (Gottes) Sein. Er macht daher folgerichtig Ausdehnung und Denken zu Eigenschaften der einen Substanz (oder Gottes). Die endlichen Dinge, die Dinge, die wir wahrnehmen, sind nur Modifikationen (Abwandlungen, Abschwächungen) von Gottes Attributen. Sie haben keine Existenz an sich, sondern nehmen gleichsam nur teil an Gottes Existenz. Sie nehmen aber nur teil an ihr als Schätten, losgelöst von allem Sinnlichen.

Man hat diese Weltanschauung Pantheismus genannt (Allgöttlichkeit): Gott ist alles; es gibt nichts ausser Gott. Man darf aber nicht sagen: Alles ist Gott. Damit verfälscht man die Meinung Spinozas.

Der Gott unsres Philosophen hat mit dem Gotte der Theologen garnichts gemein. Es ist daher ganz unverständlich, wie sich Theologen auf Spinoza berufen können. Seine Gegner hatten recht, wenn sie ihm nachsagten, er werfe Gott mit der Natur zusammen. Dies tut er wirklich, wie ja schon sein Ausdruck lehrt: "deus sive natura", d.h. "Gott oder, anders ausgedrückt, Natur". Man hat gesagt, er habe das Wort Gott nur aus Entgegenkommen gewählt. Das ist nicht richtig. Er wählte es u.a. deshalb, weil er das Metaphysische (Ubersinnliche) ausdrücken wollte, das das Wesen der Substanz ausmacht. Denn wenn er "Natur" sagt, so meint er ja nicht die blühende und klingende Natur um uns, sondern das Unveränderliche, Ewige, das sich nach der Anschauung der Metaphysiker hinter den bunten Erscheinungen verbirgt.

Worin besteht denn nun die weltgeschichtliche Bedeutung Spinozas? Er hat den Gottesbegriff aufs schärfste herausgearbeitet und ihn dadurch aufgehoben, gleichsam ad absurdum geführt. Der Pantheismus ist nach Feuerbach die Negation (Verneinung) der Theologie auf dem Standpunkte der Theologie.

Noch richtiger wäre es, zu sagen: Der Pantheismus ist die Zwischenstufe zwischen Theismus und Atheismus, wohlgemerkt: der strenggefasste Pantheismus.

Der holländische Denker hat einen grossen Einfluss auf unsre klassische Literatur gehabt. Freilich wurde er von Herder und Goethe umgedeutet und später von Heine falsch verstanden, während Lessing ihm zwar nahe stand, aber sich nie ganz zu seiner Lehre bekannte. Herder hielt sich zu sehr an die theologische Ausdrucksweise; Goethe kam der Wahrheit schön näher, aber auch er konnte sich von christlichen Vorstellungen nicht losmachen. Wollte er Spinoza doch, wie er im Juni 1785 an Friedrich Heinrich Jacobi schrieb, "theissimum (den Göttlichsten), ja christianissimum (den Christlichsten) nennen und preisen." Er (Goethe) erkenne ein göttliches Wesen, fährt er fort, nur aus den rebus singularibus (aus den einzelnen Dingen). Damit ist aber Spinoza gründlich missverstanden. Denn die einzelnen Dinge sind, wie wir gesehen haben, nur Modifikationen der beiden Attribute, d.h. sie sind als endliche Dinge unwirklich, wie denn Wilhelm Wundt ganz richtig sagt: "Es bleibt dem System Spinozas versagt, aus den Regionen der transcendenten Idee den Weg zurückzufinden zur empirischen Wirklichkeit."

Im Gegensatz zu andern Metaphysikern trat Spinoza stets für Aufklärung und Freiheit ein. In seinem "Theologisch=politischen Traktat" (1670) fordert er Gedankenfreiheit und spricht unumwunden aus, dass man die Wahrheit nicht bei der Theologie suchen dürfe. Als die beste Regierungsform sah er die demokratische Republik an. "In der Demokratie sind weniger als in irgend einer andern Staatsform Absurditäten zu befürchten". Das Geheimnis der Monarchie bestehe darin, die Menschen zu betrügen und durch die Religion in Furcht zu erhalten, damit sie für die Knechtschaft, als gelte es ihr Heil, kämpfen und es nicht für Schande, sondern vielmehr für die höchste Ehre halten, ihr Blut für die Prahlerei eines Menschen zu verschwenden. "Ich bin ein guter Republikaner", sagte er einmal zu einem Bekannten.

Spinoza ist ein Verbündeter aller derer, die um Freiheit ringen, ein Feind aller Unterdrücker. Deshalb geziemt es sich für uns, seiner in diesen Tagen zu gedenken. Er gehört zu den unsterblichen Befreiern der Menschheit.

Karl Quenzel.

Spinoza als Goldmacher.^x

SPD. Die letzten Scheiterhaufen der Inquisition waren noch nicht verglommen, noch schlug man sich die Köpfe wegen kirchlicher Glaubensartikel, als Spinoza den Grundstein zur wissenschaftlichen Bibelkritik legte und die Religionskritik bis zur letzten Konsequenz vortrieb. Denn Wunderglauben nannte er ein Vorurteil Unwissender und die Dogmen der Kirche Aberglauben. Die naturwissenschaftlichen Grundlagen seiner Philosophie kennen wir nicht genau. Weil er aber dem Denken seiner Zeit so weit voraus war, ist der Uebereifer bereit, ihm auch mehr physikalische Kenntnisse zuzuschreiben, als er hätte haben können. Den bekannten Satz seines Hauptwerkes: "Die Körper sind wohl in Bezug auf Bewegung und Ruhe, nicht aber in Bezug auf die Substanz voneinander unterschieden", möchte man beinahe als eine Ahnung der modernen Elektrophortheorie auslegen. Aber dazu verführt nur eine zufällige Wort=ähnlichkeit.

Spinoza war frei von den Vorurteilen der Religion, aber noch nicht von allem Aberglauben in der Naturwissenschaft. Zu seiner Zeit suchten die Alchimisten noch heftig nach dem "Stein der Weisen" und hofften, einmal die "Universal=Tinctur" zu finden. Am emsigsten aber forschten sie nach einer Methode, Gold zu machen. Damit scheint sich auch Spinoza abgegeben zu haben, obwohl schon Zeitgenossen von ihm diese Bemühungen für sinnlos hielten. Er selbst berichtet, dass ihn ein Mann deswegen unbändig ausgelacht und sich gewundert

Noch richtiger wäre es, zu sagen: Der Pantheismus ist die Zwischenstufe zwischen Theismus und Atheismus, wohlgemerkt: der strenggefasste Pantheismus.

Der holländische Denker hat einen grossen Einfluss auf unsre klassische Literatur gehabt. Freilich wurde er von Herder und Goethe umgedeutet und später von Heine falsch verstanden, während Lessing ihm zwar nahe stand, aber sich nie ganz zu seiner Lehre bekannte. Herder hielt sich zu sehr an die theologische Ausdrucksweise; Goethe kam der Wahrheit schön näher, aber auch er konnte sich von christlichen Vorstellungen nicht losmachen. Wollte er Spinoza doch, wie er im Juni 1785 an Friedrich Heinrich Jacobi schrieb, "theissimum (den Göttlichsten), ja christianissimum (den Christlichsten) nennen und preisen." Er (Goethe) erkenne ein göttliches Wesen, fährt er fort, nur aus den rebus singularibus (aus den einzelnen Dingen). Damit ist aber Spinoza gründlich missverstanden. Denn die einzelnen Dinge sind, wie wir gesehen haben, nur Modifikationen der beiden Attribute, d.h. sie sind als endliche Dinge unwirklich, wie denn Wilhelm Wundt ganz richtig sagt: "Es bleibt dem System Spinozas versagt, aus den Regionen der transcendenten Idee den Weg zurückzufinden zur empirischen Wirklichkeit."

Im Gegensatz zu andern Metaphysikern trat Spinoza stets für Aufklärung und Freiheit ein. In seinem "Theologisch-politischen Traktat" (1670) fordert er Gedankenfreiheit und spricht unumwunden aus, dass man die Wahrheit nicht bei der Theologie suchen dürfe. Als die beste Regierungsform sah er die demokratische Republik an. "In der Demokratie sind weniger als in irgend einer andern Staatsform Absurditäten zu befürchten". Das Geheimnis der Monarchie bestehe darin, die Menschen zu betrügen und durch die Religion in Furcht zu erhalten, damit sie für die Knechtschaft, als gelte es ihr Heil, kämpfen und es nicht für Schande, sondern vielmehr für die höchste Ehre halten, ihr Blut für die Fräulerei eines Menschen zu verschwenden. "Ich bin ein guter Republikaner", sagte er einmal zu einem Bekannten.

Spinoza ist ein Verbündeter aller derer, die um Freiheit ringen, ein Feind aller Unterdrücker. Deshalb geziemt es sich für uns, seiner in diesen Tagen zu gedenken. Er gehört zu den unsterblichen Befreiern der Menschheit.
Karl Quenzel.

----- Spinoza als Goldmacher.^x -----

SPD. Die letzten Scheiterhaufen der Inquisition waren noch nicht verglommen, noch schlug man sich die Köpfe wegen kirchlicher Glaubensartikel, als Spinoza den Grundstein zur wissenschaftlichen Bibelkritik legte und die Religionskritik bis zur letzten Konsequenz vortrieb. Denn Wunderglauben nannte er ein Vorurteil Unwissender und die Dogmen der Kirche Aberglauben. Die naturwissenschaftlichen Grundlagen seiner Philosophie kennen wir nicht genau. Weist er aber dem Denken seiner Zeit so weit voraus war, ist der Uebereifer bereit, ihm auch mehr physikalische Kenntnisse zuzuschreiben, als er hätte haben können. Den bekannten Satz seines Hauptwerkes: "Die Körper sind wohl in Bezug auf Bewegung und Ruhe, nicht aber in Bezug auf die Substanz voneinander unterschieden", möchte man beinahe als eine Ahnung der modernen Elektromagnettheorie auslegen. Aber dazu verführt nur eine zufällige Wort=Ähnlichkeit. Spinoza war frei von den Vorurteilen der Religion, aber noch nicht von allem Aberglauben in der Naturwissenschaft. Zu seiner Zeit suchten die Alchimisten noch heftig nach dem "Stein der Weisen" und hofften, einmal die "Universal-Tinctur" zu finden. Am emsigsten aber forschten sie nach einer Methode, Gold zu machen. Damit scheint sich auch Spinoza abgegeben zu haben, obwohl schon Zeitgenossen von ihm diese Bemühungen für sinnlos hielten. Er selbst berichtet, dass ihn ein Mann deswegen unbändig ausgelacht und sich gewundert

habe, "dass ich ihn wegen solchen Tands befragte". Doch der Philosoph hatte nicht umsonst die menschlichen Affekte studiert. "Spott", so sagte er sich, "entspringt aus der Verachtung eines Dinges, das wir hassen oder fürchten". Also muss der Lacher das Goldmachen aus irgendeinem Grunde fürchten, ohne etwas beweisbar dagegen einwenden zu können. Dadurch lässt sich ein Philosoph nicht beirren.

Spinoza machte einen gewissen Helvetius ausfindig, der sich rühmte, eine sehr geheimnisvolle Goldsorte gefunden zu haben. Ein Körnchen davon genügte, um jedes unedle Metall in Gold zu verwandeln. "Helvetius", so schreibt Spinoza, "zeigte mir sowohl das Gold als auch den Schmelztiegel, dessen innere Wände noch übergoldet waren, und erzählte, dass er kaum den vierten Teil eines Gerstenkornes in das geschmolzene Blei geworfen hätte." Auch bei einem Goldschmiede hat sich Spinoza erkundigt. "Er behauptete, das Gewicht des Goldes habe zwischen dem Schmelzen und dem Absondern zugenommen, sodass er fest glaubte, dass dieses Gold, das sein Silber in Gold verwandelt hatte, etwas Besonderes in sich enthalte." Trotzdem Spinoza nun überzeugt zu sein scheint, schliesst er sehr vorsichtig seinen Bericht mit den Worten: "Das ist es, was ich über diese Sache erfahren konnte."

Es hat den Anschein, dass sich Spinoza in der Folgezeit selbst mit Goldmacher-Experimenten beschäftigt hat. Er wird nicht mehr Erfolg damit gehabt haben als alle Andern bis auf den heutigen Tag. Denn es ist nicht bekannt, dass er jemals anders als in sehr armseligen Verhältnissen gelebt hätte. Die eigenen Erfahrungen werden ihn auch mit der Zeit skeptischer gemacht haben. Als ihn ein Freund, acht Jahre nach jenem ersten Berichte, bittet, eine neue Methode, Gold zu machen, durch Experiment nachzuprüfen, antwortet Spinoza: "Ich glaube kaum, dass ich mich dazu werde bringen können. Denn je mehr ich über die Sache nachdenke, desto wahrscheinlicher wird mir, dass Sie nicht Gold gemacht, sondern das wenige im Antimon enthaltene Gold ausgeschieden haben." Es scheint demnach seinem Freunde nicht anders ergangen zu sein als jenem deutschen Gelehrten, der vor einigen Jahren glaubte, aus Quecksilber Gold machen zu können. Auch bei dieser Methode wurde schliesslich festgestellt, dass der Gelehrte nur im Quecksilber schon vorhanden gewesene Goldreste freigemacht hatte.

Spinoza fand nicht das Gold, mit dem man sich Macht und Genüsse verschaffen kann, wohl aber etwas, womit er sich einen Ruhm erkaufen konnte, der noch heute, nach dreihundert Jahren, lebendig ist.

J. Blauner.

SPD. Wer's glaubt, wird selig.^X Der amerikanische Bischof Jefferson ist ein Vorkämpfer der Prohibition. Er reist im Lande herum und hält Vorträge über die Schädlichkeit des Alkohols. Neulich sagte er in einem solchen Vortrage: "Ich bin in meinem ganzen Leben noch nie betrunken gewesen." Am nächsten Tage konnte man in der Presse lesen: "Seltsame Behauptung eines Bischofs. Gibt an, in seinem ganzen Leben noch nie betrunken gewesen zu sein."

SPD. Eine erbauliche Predigt.^X "Worüber had denn der Basder heude in der Kirche geschbrochen?"

"Ueber den Dext: Wen Er lieb had, dem schenggd er Schlaf."

"Waren denn viele Leute in der Kirche?"

"Ja, und die hadde er alle lieb..."
